

Jugendschutzsoftware im Elternhaus: Kenntnisse, Erwartungen und Nutzung; Stand der Forschung

Dreyer, Stephan; Hajok, Daniel; Hasebrink, Uwe; Lampert, Claudia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dreyer, S., Hajok, D., Hasebrink, U., & Lampert, C. (2012). *Jugendschutzsoftware im Elternhaus: Kenntnisse, Erwartungen und Nutzung; Stand der Forschung*. (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, 23). Hamburg: Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI). <https://doi.org/10.21241/ssoar.72033>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



HANS-BREDOW-INSTITUT

für Medienforschung an der Universität Hamburg

Stephan Dreyer / Daniel Hajok /
Uwe Hasebrink / Claudia Lampert

**Jugendschutzsoftware im Elternhaus:
Kenntnisse, Erwartungen und Nutzung
Stand der Forschung**

Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts Nr. 23.

Stephan Dreyer, Daniel Hajok, Uwe Hasebrink, Claudia Lampert: Jugendschutzsoftware im Elternhaus – Kenntnisse, Erwartungen und Nutzung. Stand der Forschung. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut, Januar 2012.

DOI: <https://doi.org/10.21241/ssoar.72033>.

ISSN 1435-9413

ISBN 978-3-87296-117-4

Die Hefte der Schriftenreihe „Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Institut“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts unter der Adresse <http://hbi.to/957>.

Ein Ausdruck des Heftes ist gegen eine Schutzgebühr direkt beim Verlag erhältlich.

Schutzgebühr: 15,00 EUR

Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg

Verlag

Heimhuder Str. 21

D-20148 Hamburg

Tel.: (+49 40) 450 217-12

Fax: (+49 40) 450 217-77

E-Mail: info@hans-bredow-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Hintergrund der Kurzstudie	5
2.	Projektziele und ausgewertete Untersuchungen	5
3.	Status Quo: Jugendschutzsoftware in Deutschland	8
3.1	Begriffsweite von „Kinder- und Jugendschutzsoftware“	8
3.2	Funktionen, Funktionsweisen und Filtermechanismen.....	10
3.3	Derzeitiges Marktangebot	12
3.4	Rechtlicher Hintergrund: Jugendschutzprogramme nach JMStV	14
3.5	Zwischenfazit: Begriffliche Vielfalt, Kombinationen in der Praxis	15
4.	Stand der Forschung	15
4.1	Kenntnis der Eltern von Jugendschutzsoftware	15
4.2	Akzeptanz von Jugendschutzsoftware bei Eltern und Erwartungshaltung	18
4.3	Nutzung von Jugendschutzsoftware durch Eltern.....	25
4.4	Informationsquellen & Informationsverhalten von Eltern.....	32
5.	Fazit zu Forschungsstand und Forschungsbedarf	35
6.	Zusammenfassende Ergebnisse und deren Konsequenzen für Informationskampagnen.....	39
	Literatur.....	42

1. Hintergrund der Kurzstudie

Das Hans-Bredow-Institut hat 2007 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Länder die wissenschaftliche Evaluation von JMStV und JuSchG durchgeführt (HBI 2007). Eines der in diesem Rahmen deutlich hervorgetretenen Defizite war das faktische Scheitern der Umsetzung des gesetzlichen Regelungsprogramms, soweit es um den Einsatz von nutzerautonomer Jugendschutzsoftware (sog. Jugendschutzprogramme) ging. Mittlerweile, befördert von Kooperationsbemühungen und Diskussionen im Rahmen einer geplanten JMStV-Novelle im Jahr 2010, steht die behördliche Anerkennung von Jugendschutzprogrammen unmittelbar bevor.

Nutzerseitige Schutzinstrumente sind in hohem Maße auf Kenntnis, Nutzung und Akzeptanz auf der Seite der Eltern bzw. sonstigen personensorgeberechtigten Personen angewiesen. Ein verbessertes Schutzniveau kann nur erreicht werden, wenn Eltern von der Möglichkeit der Installation von Jugendschutzsoftware Kenntnis haben und die entsprechenden Programme auch tatsächlich nutzen. Nötig – oder zumindest förderlich – für die Kenntnisse der Eltern können insoweit begleitende Informationskampagnen sein, wie sie derzeit diskutiert werden. Derartige Informationsaktivitäten müssen allerdings ihrerseits den Kenntnisstand, die derzeitige Nutzung und die Erwartungshaltung der Eltern kennen, wenn sie möglichst optimale Wirkung erzielen wollen.

2. Projektziele und ausgewertete Untersuchungen

Diese im Auftrag des BMFSFJ erarbeitete Kurzstudie stellt den Stand der Forschung im Hinblick auf Kenntnis, Akzeptanz und Erwartungshaltung, Nutzung und Informationsverhalten von Eltern gegenüber Jugendschutzsoftware systematisch dar. Damit stellt sie eine Wissensbasis bereit, auf deren Basis entsprechende kommunikative Maßnahmen entwickelt werden können.

Im Zentrum der Bestandsaufnahme steht die Darstellung des Ist-Zustands: Was wissen Eltern, was tun sie, was wollen sie? Die Untersuchung zeigt auf, welchen Kenntnisstand Eltern in Bezug auf Jugendschutzsoftware haben, wie und wo sie sich über diesen Themenbereich informieren und welche Erwartungen sie an derartige Programme haben. Darüber hinaus werden Erfahrungen aus Familien, die bereits entsprechende Programme nutzen, dargestellt, wie sie diese Programme einsetzen, inwieweit sich ihr Einsatz aus Sicht der Eltern bewährt bzw. an welchen Stellen Probleme auftreten und ggf. Optimierungsbedarf besteht.

Der Bericht beginnt mit einem kurzen Überblick über den Forschungsgegenstand „Jugendschutzsoftware“ und erklärt die Begriffsweite, die Funktionsweisen sowie die rechtliche Einbindung derartiger Anwendungen. Der Hauptteil besteht aus der Darstellung des Stands der

Forschung. Dafür wurden relevante Studien gesichtet und systematisch analysiert. Die Aufbereitung erfolgt anhand der folgenden vier Fragegebiete:

1. *Kenntnis*: Wie viele Eltern kennen Möglichkeiten technischen Jugendschutzes und insbesondere die Möglichkeit der Installation nutzerautonomer Jugendschutzsoftware?
2. *Akzeptanz und Erwartungshaltungen*: Welche Informationen liegen über Akzeptanz für und Erwartung an technischen Jugendschutz vor?
3. *Nutzung*: Wie viele Eltern nutzen tatsächlich derartige Software?
4. *Informationsverhalten*: Welche Quellen nutzen Eltern, wenn sie sich über Möglichkeiten technischen Jugendschutzes im Netz informieren? Wo sind Wissenslücken erkennbar? Sind bestimmte Zielgruppen „unterversorgt“?

Nicht zuletzt auch mit Blick auf zielgruppenadäquate Informationskampagnen ist zudem bei allen Fragen berücksichtigt worden, ob sich im Hinblick auf einzelne Merkmale (v. a. Alter, Geschlecht und Anzahl der Kinder, soziodemografische Merkmale und Erziehungskonzept der Eltern) Unterschiede ergeben

Soweit sich die Fragestellungen mit der Auswertung vorhandener Forschungsergebnisse nicht beantworten lassen, werden die Forschungs- bzw. Wissenslücken herausgestellt und Hinweise darauf gegeben, wie diese Lücken mit quantitativen und qualitativen Studien geschlossen werden könnten.

Methodisch folgt die vorliegende Studie einem „Desktop Research“-Ansatz. Dabei wurden vorhandene Studien, Umfragen und Forschungspublikationen der letzten fünf Jahre systematisch ausgewertet, soweit sie direkte oder indirekte Rückschlüsse auf die Kenntnisse über, die Erwartungen an und die Nutzung von Jugendschutzsoftware durch Eltern in Deutschland zulassen oder sich aus ihnen Aussagen zu den Informationsquellen und Wissensdefiziten der Eltern ableiten lassen. Aktuelle und nach soziodemografischen Merkmalen seitens der Eltern (und z. T. auch der Kinder) differenzierte Ergebnisse zur Beantwortung der o. g. Forschungsfragen ließen sich v. a. folgenden vier Studien bzw. Studienreihen entnehmen:

1. Die im Auftrag des BMFSFJ Ende November 2011 von forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH durchgeführte Studie „Jugendschutzprogramme aus Sicht der Eltern“ (vgl. forsa 2011a, 2011b): Die Telefonbefragung von insgesamt 1.004 befragten Müttern und Vätern ist repräsentativ für Eltern in Deutschland, die mindestens ein Kind im Alter von 3 bis 17 Jahren haben. Die forsa-Befragung ist nicht nur die aktuellste Studie, die hier Berücksichtigung gefunden hat, sondern auch die einzige, in der es im Kern um das Thema Jugendschutzsoftware geht. Im Mittelpunkt stehen hier die Meinungen und Einstellungen von Eltern zu Jugendschutzsoftware – auch im Hinblick auf die eigene Erziehungspraxis und mögliche Informationsquellen.

2. Die August/September 2011 durchgeführte ZDF-Studie zum „Jugendmedienschutz aus der Sicht der Eltern“ (vgl. ZDF/HBI 2011): Die repräsentative Telefonbefragung von 750 Haupterziehenden 3- bis 17-Jähriger gibt einen Überblick darüber, welche Risiken und Schutzbedarfe Eltern im Hinblick auf die verschiedenen Medien wahrnehmen und wie sie die verschiedenen Maßnahmen zur Sicherung des Kinder- und Jugendmedienschutzes sehen und bewerten. In diesem Gesamtkontext wurden u.a. die Kenntnisse der Eltern zu den verschiedenen Möglichkeiten des technischen Jugendmedienschutzes allgemein und zu Jugendschutzsoftware speziell abgefragt sowie die eigene Nutzung von Jugendschutzsoftware und die Ansichten zu ihrer Wirksamkeit erfasst.
3. Die vom europäischen Forschungsnetzwerk „EU Kids Online“ von April bis August 2010 durchgeführte Studie „Risks and Safety on the Internet – The Perspective of European Children“ (vgl. Livingstone et al. 2011): Insgesamt wurden hier in 25 Ländern 25.142 9- bis 16-Jährige und je ein Elternteil v. a. zur Onlinenutzung, den möglichen Gefahren für Heranwachsende, den Formen der elterlichen Begleitung und Einflussnahme (inkl. Einsatz technischer Hilfsmittel bei der Internetnutzung 9- bis 16-Jähriger allgemein und der Einsatz von Filtersoftware im Besonderen) u.a.m. befragt. Die repräsentative Befragung in Deutschland – deutsches Mitglied im Forschungsverbund war das Hans-Bredow-Institut – wurde zwischen Mai und Juli 2010 mittels Computer Assisted Personal Interviewing (CAPI) mit 1.023 9- bis 16-Jährigen und je einem Elternteil durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden für die hier vorgelegte Studie insbesondere hinsichtlich einer nach soziodemografischen Merkmalen der Eltern differenzierten Betrachtung zweitausgewertet.
4. Die vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (MPFS) durchgeführten KIM-Studien aus den Jahren 2006, 2008 und 2010 (vgl. MPFS 2007, 2009, 2011a, Feierabend & Klingler 2007, 2009): Mittels Face-to-Face-Interviews (ab 2010 computergestützt mit CAPI) wurden hier jeweils knapp über 1.200 6- bis 13-Jährige und deren Haupterziehende zur Medienausstattung und Mediennutzung der Kinder allgemein sowie beim Thema Internet auch speziell zum Einsatz von Filterprogrammen und den grundsätzlichen Einstellungen der Eltern gegenüber diesen technischen Mittel befragt. Zu den relevanten Fragen der KIM-Studie 2010 wurden uns vom MPFS nach soziodemografischen Merkmalen der Kinder und Eltern differenzierte Sonderauswertungen zur Verfügung gestellt (vgl. MPFS 2011b).

Abgesehen von diesen vier Untersuchungen wurden für die vorliegende Studie eine Reihe weiterer in Deutschland durchgeführter Studien berücksichtigt, in denen Filterprogramme zumindest in einer Frage thematisiert oder bei denen für eine Beantwortung der o.g. Fragen wichtige Kontexte und Hintergründe erfragt wurden. Das waren im Einzelnen die JIM-Studie 2011 (vgl. MPFS 2011c), die KidsVerbraucherAnalyse 2011 und die JFF-Studie „Untersu-

chung der Akzeptanz des Jugendmedienschutzes aus der Perspektive von Eltern, Jugendlichen und pädagogischen Fachkräften“ (vgl. Theunert & Gebel 2007).

Um die Ergebnisse an einigen zentralen Punkten auch in einem größeren Kontext betrachten zu können und zu klären, inwieweit die in Deutschland beobachteten Zusammenhänge beim Einsatz von Filterprogrammen (insbesondere hinsichtlich soziodemografischer Merkmale seitens der jungen Nutzer und ihrer Eltern) auch in anderen Ländern beobachtbar sind, wurden zudem die in mehreren Ländern (darunter auch Deutschland) durchgeführten Eurobarometer-Studien „Towards a Safer Use of the Internet for Children in the EU – a Parents’ Perspective“ (vgl. European Commission 2008) und „Safer Internet“ (vgl. European Commission 2006, World 2009) sowie der „Norton Online Family Report“ (vgl. Symantec Corporation 2010a, 2010b) in die Analyse mit einbezogen.

Ebenfalls berücksichtigt wurden die zuletzt durchgeführte und hinsichtlich des Themas Jugendschutzsoftware differenzierte Schweizer FHNW-HSA-Studie „Medienkompetenz und medienerzieherisches Handeln von Eltern“ (vgl. Steiner & Goldoni 2011), die in Großbritannien durchgeführte „Parental Meditation of Children’s Internet Use“ (vgl. Livingstone & Helsper 2008), die US-amerikanische Studien des Pew Research Center’s Internet & American Life Project (vgl. Lenhart et al. 2011, 2006, Lenhart & Madden 2007, Lenhart 2005) sowie die ebenfalls in den USA durchgeführte Studie „Parenting the Internet“ (vgl. Eastin et al. 2006).

3. Status Quo: Jugendschutzsoftware in Deutschland

Jugendschutzsoftware wird in Deutschland als eine unterstützende Möglichkeit für Eltern gesehen, ihre Kinder bei Ausflügen ins Netz vor dem In-Kontakt-Kommen mit für sie beeinträchtigenden Inhalten zu bewahren.

Die Darstellung beginnt mit einer überblicksartigen Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Begriffsweite von Kinder- und Jugendschutzsoftware, ihre Funktionen, Funktionsweise und Filtermechanismen, um den Gegenstandsbereich, auf den sich Umfrageergebnisse beziehen, besser einordnen zu können. Dazu gehört auch die kurze Darstellung der rechtlichen Einbettung technischer Jugendschutzinstrumente im Onlinebereich.

3.1 Begriffsweite von „Kinder- und Jugendschutzsoftware“

Software, die nutzerseitig auf dem Internet-PC installiert ist bzw. nutzerautonom gesteuert wird, um den Zugang zu unerwünschten Internetinhalten zu blockieren, wird in der Praxis ganz unterschiedlich bezeichnet. So nutzen bereits die hier berücksichtigten Studien unterschiedliche Begrifflichkeiten bei der Frage nach Kenntnis und Akzeptanz solcher Instrumente: Kinderschutzsoftware, Jugendschutzsoftware, Filtersoftware oder Filterprogramme, Ju-

gendschutzprogramme, Inhaltsfilter, Filtersysteme, technische Vorkehrungen zur Filterung u.a.m. Bezieht man die auf den Seiten der Softwareanbieter genutzten Begrifflichkeiten ein, kommen Beschreibungen wie URL-Filter oder Internet-Filter, Schutz-Software für Eltern, Elternkontroll-Software (parental control), Kindersicherung, Überwachungsprogramm u.a. als Begrifflichkeiten hinzu. Bereits die Bezeichnung von Jugendschutzsoftware weist also eine erhebliche Begriffsspannweite auf. Dies kann Folgen für die Interpretationsfähigkeit und Aussagekraft der bislang vorliegenden Studien haben.

Die Bezeichnung von Jugendschutzsoftware weist eine erhebliche Begriffsspannweite auf.

Das Hauptkriterium von Kinder- und Jugendschutzsoftware im Verständnis dieser Studie ist eine nutzerseitig installierte bzw. nutzerautonom gesteuerte Software, die das Ziel hat, dem Alter des Minderjährigen entsprechend, unerwünschte Internetinhalte nicht zur Anzeige zu bringen.

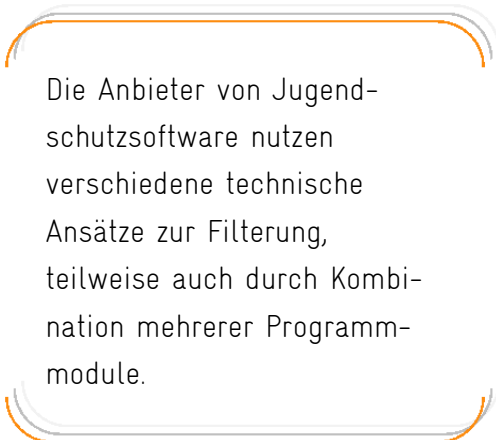
Zu unterscheiden ist dieser Programmtypus damit von:

- Filterlisten, die den Zugang zu „unangemessenen“ Inhalten in Unternehmen unterbinden sollen (NSFW-Filterung, „not suitable for work“),
- Monitoring-Software, die eine nachträgliche Kontrolle der Internetnutzung Minderjähriger ermöglicht,
- Zeitkontroll-Software, die die Nutzung des Internetzugangs oder bestimmter Anwendungen auf dem Computer zeitlich beschränkt,
- Antivirus-Software, die den Computer gegen bösartigen Softwarecode schützen soll (Viren, Würmer, Trojaner),
- Security-Software, die vor dem Aufrufen betrügerischer Seiten im Netz warnt und die aufgerufenen Inhalte auf weitere Formen der Internetkriminalität überprüft (Hacking, Spoofing, Phishing etc.),
- Spam-Schutz-Software, die den Abruf oder die Anzeige von unverlangten E-Mail-Nachrichten verhindert,
- Popup-Blockern, die das unaufgeforderte Öffnen von Browser-Fenstern unterbinden,
- Firewall-Software, die die Kommunikation einzelner Programme auf dem Computer mit Internetservern unterbindet,
- sowie von ISP-seitigen Filterlösungen, die eine Filterung bestimmter Inhalte auf Seiten des Zugangsproviders ermöglichen, z. B. durch den Einsatz von Proxy-Servern.

In der Praxis finden sich oftmals Software-Suiten (eine Sammlung mehrerer Programme) auf dem Markt, die zwei oder mehr der beschriebenen Programmtypen kombinieren, z. B. ein Antiviren-Programm, das daneben Spam-E-Mails erkennt und eine Zeitkontrollmöglichkeit beinhaltet. Eine strikte Abgrenzung der Einzeltypen ist damit nicht immer möglich; so gibt es etwa Programme, die neben einer Filterlösung zusätzliche Funktionen wie etwa Zeitlimits und definierte Onlinezeiträume enthalten.

3.2 Funktionen, Funktionsweisen und Filtermechanismen

Die Hauptfunktion von Jugendschutzsoftware bzw. Filterprogrammen im hier verstandenen Sinne ist es – wie oben beschrieben – unerwünschte Inhalte auf dem Endgerät nicht zur Anzeige zu bringen. Welche Inhalte unerwünscht sind, ist vor allem davon abhängig, wie alt die minderjährige Person ist, die mit dem Einsatz der Software geschützt werden soll. Jüngere, vor allem Kinder von 3 bis 9 Jahren, sollen meist nur auf Inhalte zugreifen können, die entweder kindgerecht (also speziell für diese aufbereitet) oder kindgeeignet (also aus Jugendschutzsicht unproblematisch) sind. Mit zunehmendem Alter soll sich das Kind dann mehr und mehr Inhalte selbst erschließen können, die es etwa für den wachsenden eigenen Informations- und Kommunikationsbedarf benötigt. Mit Blick auf Jugendliche soll Jugendschutzsoftware



Die Anbieter von Jugendschutzsoftware nutzen verschiedene technische Ansätze zur Filterung, teilweise auch durch Kombination mehrerer Programmmodule.

ware dann „nur noch“ Inhalte ausfiltern, die ausschließlich für Erwachsene geeignet sind – sowie solche, die jugendgefährdend oder rechtlich absolut unzulässig sind.

Die Anbieter von Jugendschutzsoftware reagieren auf diese unterschiedlichen Anforderungen mit verschiedenen technischen Ansätzen im Hinblick auf die Arbeitsweise der Software, die in komplexeren Programmen auch miteinander kombiniert werden:

3.2.1 Whitelist-Ansatz („weiße Liste“, Positivliste)

Inhalte, die speziell für jüngere Kinder angeboten werden oder zumindest keine Jugendschutzrelevanz besitzen, d. h. keine beeinträchtigenden Inhalte aufweisen, können Anbieter auf eine Whitelist setzen. Diese „weiße Liste“ enthält damit solche Angebote, die entweder redaktionell gesichtet oder von einer Institution oder einer Nutzergemeinschaft positiv als geeignet (oder zumindest nicht ungeeignet) beurteilt wurden. Diese Liste kann von dem Softwareanbieter selbst erarbeitet worden sein oder wird als fertige Datenbank bzw. als Softwaremodul von einem dritten Anbieter zur Verfügung gestellt. Die in Deutschland bekannteste

Whitelist ist die Liste von fragFINN.de. Sie enthält derzeit über 10.000 Domains, darunter ca. 850 reine Kinderseiten.

Jugendschutzsoftware kann so konfiguriert werden, dass ausschließlich Angebote, die auf der Whitelist enthalten sind, genutzt werden können. Die Identifikation eines abgerufenen Angebotes nimmt die Software hierbei über die Internet-Adresse (URL) vor. Nur wenn die abgerufene URL mit einer der in der Whitelist vorhandenen Adressen übereinstimmt, wird der Angebotsinhalt angezeigt. Alle anderen Angebote werden bei dieser Einstellung herausgefiltert. In der Regel ist es den Eltern aber möglich, einzelne Angebote, die noch nicht auf der Whitelist stehen und die sie für geeignet halten, für das eigene Kind zusätzlich freizuschalten.

3.2.2 Blacklist-Ansatz („schwarze Liste“, Negativliste)

Anders als die Whitelist enthält eine Blacklist solche Angebote, die aus Sicht des Listenanbieters unerwünscht sind bzw. Jugendschutzproblematiken oder Strafrechtsrelevanz besitzen. Die Einschätzung, dass ein Angebot unerwünschte Inhalte enthält, kann der Listenanbieter selbst getroffen haben, er kann sich dabei aber auch auf Angaben des jeweiligen Inhabers beziehen oder auf Entscheidungen von Behörden, Selbstkontrollen oder Nutzergruppen zurückgreifen. Auch die Blacklist kann eine eigens vom Softwareanbieter erstellte Liste sein oder als Modul eines Dritten eingebunden werden. Eine bekannte Blacklist ist die Liste der von der BPjM als jugendgefährdend eingestuften Telemedien mit derzeit ca. 2.300 Internetangeboten (URLs). Dieses sog. „BPjM-Modul“ nutzen die gängigen am deutschen Markt befindlichen Jugendschutzprogramme, gemäß KJM-Kriterien ist ihre Implementierung zwingend vorgeschrieben, um ein Jugendschutzprogramm offiziell als geeignet anerkennen zu können. Auch Suchmaschinenanbieter setzen es auf der Grundlage einer freiwilligen Selbstverpflichtung ein, um innerhalb ihrer Suchergebnisse nicht auf indizierte Angebote zu verweisen.

Im Vergleich zu der Whitelist – entweder ist ein Angebot kindgerecht bzw. kindgeeignet oder nicht – kann eine Blacklist zusätzliche Informationen zu den einzelnen auf der Liste befindlichen Angeboten enthalten, insbesondere im Hinblick auf die Altersgrenze, bis zu der ein Inhalt unerwünscht ist. So sind etwa leicht erotische Angebote für Kinder bis 14 Jahren ggf. unerwünscht, für Jugendliche aber nicht (mehr) entwicklungsbeeinträchtigend. Die Liste enthält zu jedem Angebot in diesen Fällen noch eine Altersstufe; die genutzten Stufen können mit denen des § 14 Abs. 2 JuSchG übereinstimmen, sie können aber auch Altersgruppen oder Kategorien aufweisen, für die der Listenanbieter sich entschieden hat. Ein weiteres Merkmal können die Hauptgründe für die Beurteilung über die Entwicklungsbeeinträchtigung sein, also der Hinweis darauf, aufgrund welcher Kategorie problematischer Inhalte eine Altersstufe in der Blacklist vorgesehen ist (z. B. Erotik, Gewalt, Extremismus, selbstschädigendes Verhalten etc.). Derartige sog. Inhaltsdeskriptoren erlauben es den Eltern teilweise, bei der Konfigurati-

on der Jugendschutzsoftware filigranere Einstellungen vorzunehmen (Altersstufe, Inhaltkategorien) und die Software so besser an ihr individuelles Erziehungskonzept anzupassen. Auch die Blacklist nimmt Filterungen regelmäßig auf Grundlage der URL eines Angebots vor.

3.2.2 Automatische Erkennung („on-the-fly-Erkennung“)

Einige Anbieter von Jugendschutzsoftware nutzen – hauptsächlich oder lediglich ergänzend zu Black- und Whitelists – Softwaremodule zur automatischen Erkennung möglicher unerwünschter Inhalte („on-the-fly-Erkennung“). Ruft der Nutzer ein Angebot auf, das weder in der White- noch in der Blacklist enthalten ist, untersucht die Software die gewünschten Inhalte noch vor der Anzeige mit Hilfe von Erkennungsalgorithmen, um möglicherweise unerwünschte Inhalte zu erkennen und diese ggf. entsprechend auszufiltern. Hierbei werden automatische objektbasierte, textsemantische oder Bilderkennungsverfahren genutzt, die z. B. auf bestimmte Stichworte, Ausdrucksweisen, Symbole oder Bildinhalte ansprechen. Derartige Module können daneben auch eine etwaige vorliegende Anbieterkennzeichnung auslesen und entsprechend reagieren.

Da eine on-the-fly-Klassifikation den abgerufenen Inhalt direkt analysiert, sind derartige Verfahren nicht an URLs gebunden, sondern können (theoretisch) jede Inhaltsform untersuchen, darunter auch Chatkommunikation, Inhalte von Social Media Angeboten wie etwa sozialen Netzwerkplattformen sowie Newsgroup- und Instant Messaging-Inhalte.

3.3 Derzeitiges Marktangebot

Auf dem deutschen Markt (d. h. das Produkt wird in Deutschland und in deutscher Sprache angeboten) gibt es eine ganze Reihe von Softwareanbietern, die Anwendungen anbieten, die ganz oder zum Teil eine Jugendschutzfunktion haben. Einige sind speziell auf diesen Zweck zugeschnitten, andere verfügen nebst anderen Funktionalitäten auch über eine Jugendschutzkomponente.

Unterschieden werden können die angebotenen Anwendungen vor allem hinsichtlich

- ihres generellen Filteransatzes
- der Auswahlverfahren bzw. der Listenzusammenstellung
- des Ortes bzw. der Art der Installation sowie
- der unterstützten Endgeräte und Betriebssysteme.

3.3.1 Genereller Filteransatz

Viele der derzeitigen Anbieter nutzen eine Kombination unterschiedlicher Module, um den Eltern die Einstellung unterschiedlicher Altersstufen – und damit unterschiedlicher Filteransätze – in der Software zu ermöglichen. Die Kombination mehrerer Filteransätze soll den Nutzern einen größtmöglichen Funktionsumfang bieten. So nutzen die Programme oftmals White- und Blacklist-Module, ggf. ergänzt um Module zur Erkennung von Anbieterkennzeichnungen und automatische Klassifikationsalgorithmen. Es gibt allerdings auch spezialisierte Anwendungen, die z. B. ausschließlich auf einer Whitelist oder auf einer Blacklist basieren, ohne weitere Module einzubinden.

Die Einstellung, welche Priorität welches Modul bei der Klassifikation eines abgerufenen Angebots erhält, erfolgt dabei durchaus unterschiedlich. So arbeiten Teile des Softwareangebots mit Einstellungen in Form von Altersstufen (ab 6, ab 12, ab 16 Jahren) oder Altersgruppen (6-11, 12-15, 16-17 Jahre oder „Kind“ und „Teen“), teilweise mit Filter- oder Sicherheitsstufen (hoch, mittel, niedrig).

3.3.2 Auswahlverfahren / Listenzusammenstellung

Die Zusammenstellung der für die jeweilige Software maßgeblichen Listen erfolgt teilweise aufgrund einer redaktionellen Klassifizierung, bei der halbautomatisch oder komplett händisch relevante Internetangebote gesichtet, klassifiziert und entsprechend in die Datenbank eingetragen werden. Daneben bestehen halb- oder komplett automatische Verfahren (z. B. durch sog. Spider), bei denen Algorithmen entscheiden, wie ein abgerufener Inhalt vom Filter zu behandeln ist, also etwa auf Grundlage aufgefundener Stichworte, des Gesamtkontextes der Seite oder aufgrund der Objektanalyse von Bildern. Eine weitere Möglichkeit ist das automatische Auslesen von auf dem Internetangebot hinterlegten Anbieterkennzeichen, mit denen der Anbieter selbst Informationen über die Eignung seines Angebots zur Verfügung stellt. Beispiele für derartige Kennzeichen sind ICRA-Labels oder die im Rahmen der deutschen Jugendschutzprogramm-Diskussion vorgestellten age-de.xml-Labels (s. unten).

3.3.3 Installationsort

Der Typ der Filteranwendung kann zudem an unterschiedlichen Stellen des Endgeräts installiert sein: In einigen PC- und Router-Betriebssystemen bzw. -systemversionen sind bereits herstellerseitig Jugendschutzinstrumente implementiert, auch einige Spielkonsolen werden mit entsprechenden Konfigurationsmöglichkeiten ausgeliefert. Der am häufigsten anzutreffende Typ ist allerdings Software, die zu einem späteren Zeitpunkt vom Endnutzer auf dem Computer installiert wird. Hier kann man zwischen eigenständigen Programmen, die ohne weitere Hilfsmittel ihre Schutzwirkung entfalten, und solchen Anwendungen unterscheiden,

die lediglich als Erweiterung eines bereits installierten Browsers eingerichtet werden („plugins“, „extensions“ oder „add-ons“).

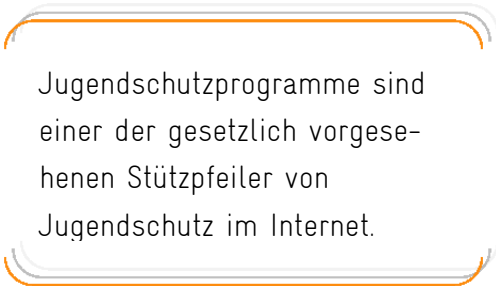
3.3.4 Unterstützte Endgeräte und Betriebssysteme

Auch im Hinblick auf die unterstützten Endgeräte unterscheiden sich die Angebote. Eine Vielzahl der Angebote ist nur für Versionen des Windows-Betriebssystems erhältlich, wohingegen es für MacOS nur wenige Angebote gibt. Nicht immer sind die Programme zudem kompatibel mit allen Betriebssystemversionen.

Jugendschutzsoftware ist vor allem für PCs erhältlich – ein Großteil der am Markt befindlichen Angebote ist ausschließlich auf den Personal Computer als Endgerät zugeschnitten. Dagegen gibt es nur wenige Einzelanbieter für Endgeräte wie stationäre und mobile Spielkonsolen, Handys, Smartphones und Hybrid-TV-Geräte. Auch der Funktionsumfang ist teilweise erheblich, insbesondere im Hinblick auf Inhalte, die nicht auf URL-Basis (und über Internet-Browser) abgerufen werden, sondern über andere Protokolle und Anwendungen, z. B. E-Mail, Instant Messanging, Onlinespiele, Chats oder Peer-to-Peer-Software.

3.4 Rechtlicher Hintergrund: Jugendschutzprogramme nach JMStV

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV), der für Rundfunk und Telemedien gilt, findet auf im Internet zugängliche Angebote Anwendung. Das Regelwerk geht von der Prämisse der Anbieterverantwortlichkeit aus, d. h. ein Anbieter eines Telemediendienstes mit entwicklungsbeeinträchtigenden oder jugendgefährdenden Inhalten hat dafür Sorge zu tragen, dass Kinder bzw. Jugendliche diese Inhalte nicht wahrnehmen. Der Staatsvertrag sieht als anbieterseitige Vorkehrungen gegen das In-Kontakt-Kommen unterschiedliche Möglichkeiten vor: So kann der Anbieter sein jugendschutzrelevantes Angebot nur zu bestimmten Uhrzeiten zugänglich machen und so gewährleisten, dass Minderjährige dieses üblicherweise nicht wahrnehmen. Er kann aber auch technische Mittel einsetzen, um den Zugang Minderjähriger zu den



Jugendschutzprogramme sind einer der gesetzlich vorgesehenen Stützpfiler von Jugendschutz im Internet.

von ihm angebotenen Inhalten erschweren, etwa durch den Einsatz eines Altersverifikationssystems (sog. AV-System) für den Zugang zu Erwachsenenangeboten. Ein ausdrücklich vorgesehenes technisches Mittel ist auch die Programmierung des eigenen Angebots für ein anerkanntes Jugendschutzprogramm. Existiert ein

solches anerkanntes Jugendschutzprogramm, kommt ein Telemedienanbieter eines Angebots, das entwicklungsbeeinträchtigend für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren oder unter 16 Jahren ist, seiner gesetzlichen Pflicht bereits dann nach, wenn er sein Angebot entsprechend labelt, so dass das anerkannte Jugendschutzprogramm diese Anbieterkennzeichnung auslesen

und – entsprechend seiner Konfiguration – ggf. ausfiltern kann. Die Anerkennung eines Jugendschutzprogramms steht nach Ankündigung der KJM offenbar bevor (die ersten zwei Konzepte sind bereits positiv bewertet, KJM 2011b, 2011c), so dass in der Folge mit der Zunahme von Anbieterkennzeichnungen bei aus Deutschland angebotenen Telemedien zu rechnen ist.

Die KJM hat im Hinblick auf die Voraussetzungen einer erfolgreichen Anerkennung im Frühling 2011 Kriterien veröffentlicht, die die Funktionen, die Einbindung bestimmter Module und die Konfiguration von Jugendschutzprogrammen konkretisieren (KJM 2011a).

Jugendschutzprogramme sind somit in Deutschland einer der gesetzlich vorgesehenen Stützpfeiler von Jugendschutz im Internet. Die Effektivität dieses Schutzinstruments hängt aber nicht nur von der (Erkennungs-)Qualität der anerkannten Jugendschutzprogramme ab, sondern auch, wenn nicht gar vor allem von dem Einsatz der Software auf Elternseite.

3.5 Zwischenfazit: Begriffliche Vielfalt, Kombinationen in der Praxis

Wenn es in einem Feld derart viele unterschiedliche Bezeichnungen und Überlappungen im Hinblick auf Funktionalitäten und persönliche Begriffsverständnisse gibt, hat dies zwei notwendige Konsequenzen: Zum einen können Studien, die mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten arbeiten, nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden. Zu groß können Unklarheiten und Abweichungen im elterlichen Verständnis darüber sein, was eine Jugendschutzsoftware, was ein Filterprogramm oder was ein Kinderschutzprogramm ist. Dies schmälert insofern die gebündelte Aussagekraft von Umfrage-Ergebnissen. Zum anderen muss dieser Umstand bei der Entwicklung von Informationskampagnen berücksichtigt werden; ggf. müssen Informationen zu Jugendschutzsoftware an Programmfunktionalitäten ansetzen und nicht an Begrifflichkeiten. Da auch die Funktionsweisen bzw. Filteransätze grundverschieden sein können, werden Informationen zunehmend komplexer und schwieriger vermittelbar.

4. Stand der Forschung

4.1 Kenntnis der Eltern von Jugendschutzsoftware

4.1.1 Überblick

Nach gegenwärtigem Stand der Forschung lässt sich sagen: Die meisten Eltern in Deutschland kennen Jugendschutzsoftware oder haben zumindest schon einmal davon gehört. Bei der Ende 2011 durchgeführten

Viele Eltern haben schon einmal von Jugendschutzsoftware gehört.

forsa-Befragung gaben 83% der Eltern 3- bis 17-Jähriger an, „schon einmal von Jugendschutzsoftware für den Computer gehört“ zu haben (vgl. forsa 2011). Über die Qualität der Kenntnisse ist damit allerdings noch nichts gesagt. Diesbezüglich geben die Ergebnisse der im Spätsommer 2011 durchgeführten ZDF-Studie etwas mehr Einblick. Demnach kennt knapp die Hälfte (47%) der Eltern 3- bis 17-Jähriger Jugendschutzsoftware für den Internetzugang und weiß um deren grundsätzliche Bedeutung. Weitere 23% haben schon einmal davon gehört, wissen aber nicht um die Bedeutung. Den verbleibenden 30% ist Jugendschutzsoftware für den Internetzugang gänzlich unbekannt. Mit Blick auf andere Maßnahmen zum Jugendschutz zeigt sich, dass die seit Jahren bei anderen Medien etablierten Maßnahmen (hier: Altersangaben auf DVDs oder Spielen, Ungeeignetheitsansagen und Sendezeitgrenzen im Fernsehen) deutlich mehr Eltern bekannt sind als Jugendschutzsoftware (vgl. ZDF/HBI 2011).

Die Ergebnisse der KIM-Studien zeigen, dass zu einem nicht unerheblichen Teil auch die Eltern keine Kenntnis von Jugendschutzsoftware haben, deren Kinder zu Hause tatsächlich Zugang zum Internet haben. Bei der letzten Erhebung 2010 stimmten 39% der befragten Haupterziehenden, deren 6- bis 13-jährige Kinder im Haushalt einen internetfähigen Computer benutzen, „voll und ganz“ oder „überwiegend“ zu, keine Filterprogramme zu kennen (vgl. MPFS 2011). Mit Blick auf die 35%, die hierzu in der KIM-Studie 2008 veröffentlicht wurden (vgl. MPFS 2009), lässt sich sagen, dass die Kenntnis der Eltern von Jugendschutzsoftware in den letzten Jahren eher ab- als zugenommen hat, obwohl die Programme gerade in dieser Zeit vermehrt in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Bisher kaum erforscht ist die Frage, weshalb die Kenntnisdefizite bestehen. Ein wesentlicher Hintergrund scheinen die für viele Eltern nur schwer nachvollziehbare Funktionsweise und – z. T. damit verbundenen – Vorbehalte der Erziehenden gegenüber rein technischen Lösungen zu sein. Entsprechende Hinweise finden sich in der nicht repräsentativen qualitativen JFF-Studie von 2007. Hier wurde festgestellt, dass einige der Erziehenden technischen Systemen gegenüber skeptisch sind. Auch vermuten einige Eltern, dass die Kinder in der Lage sind, die technischen Hürden zu umgehen. Nicht zuletzt zeigt sich in der Studie, dass aufgrund fehlender Kenntnis unterschiedliche technische Schutzmaßnahmen (z. B. von AV- und Filtersystemen) durcheinander gebracht bzw. verwechselt werden (vgl. Theunert & Gebel 2007).

Forschungsbedarf besteht hier insoweit noch, als dass das Verständnis der Eltern in Bezug auf Jugendschutzsoftware und deren Funktionalitäten in Abgrenzung zu anderer Schutzsoftware sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Angesichts seiner für die weiteren Fragestellungen grundlegenden Bedeutung ist es misslich, dass bisherige Studien die Komplexität der Begriffsweite und des Verständnisses von Jugendschutzsoftware auf Seiten der Eltern eher überspielt haben. Unter methodischen Gesichtspunkten verweist dieses Ergebnis auf eine nur bedingte Aussa-

gekraft derjenigen Studien, die unabhängig von der differenzierten Kenntnis der Befragten nach Nutzung, Akzeptanz und Bewertung von Jugendschutzprogrammen fragen.

4.1.2 Differenzierungen

Mit den Ergebnissen der ausgewerteten Studien lässt sich sagen: Die Kenntnis der Eltern von Jugendschutzprogrammen hängt 1. mit dem Geschlecht und der Bildung der Eltern, 2. mit ihrer eigenen Internetnutzung und 3. mit den konkreten Familienverhältnissen zusammen.

Zu 1.) Die ZDF-Studie zeigt: Väter haben mehr Kenntnis von Jugendschutzprogrammen als Mütter, und höher gebildete Eltern haben mehr Kenntnis als niedrig gebildete (vgl. ZDF/HBI 2011). Diese Zusammenhänge mit Geschlecht und Bildung der Eltern bestätigen sich auch in den repräsentativen Ergebnissen der forsa-Befragung (vgl. forsa 2011) und in der Sonderauswertung zur KIM-Studie 2010 (vgl. MPFS 2011b). Hinsichtlich des Alters der Kinder ließ sich demgegenüber in keiner Studie eine klare Tendenz erkennen.

Väter haben mehr Kenntnis von Jugendschutzprogrammen als Mütter, und höher gebildete Eltern haben mehr Kenntnis als niedrig gebildete.

Zu 2.) Je mehr die Haupterziehenden der 3- bis 17-Jährigen selbst das Internet nutzen, desto mehr Kenntnis haben sie auch von Jugendschutzprogrammen (vgl. ZDF/HBI 2011). Eine interessante, noch nicht beantwortete Frage ist hier, ob der mit der Internetnutzung zu beobachtende Kenntniszuwachs der Eltern etwas damit zu tun hat, dass sie vor allem hier Informationen zu Jugendschutzprogrammen erhalten oder aber aufgrund der eigenen Internetnutzung eine größere Nähe zum Internet und damit verbunden auch eine höhere Sensibilität für die potenziellen Risiken des Internets für die jungen Nutzer und den Möglichkeiten, diese zu minimieren, haben.

Zu 3.) Die Eltern von Jungen haben mehr Kenntnis von Jugendschutzsoftware als die Eltern von Mädchen (ebd.). Inwieweit dies eventuell mit der elterlichen Vorstellung zusammenhängt, dass bezüglich der Internetnutzung von Jungen ein höherer Schutzbedarf und damit auch die größere Notwendigkeit besteht, mehr Kenntnis zu den Schutzmöglichkeiten zu erlangen, als das hinsichtlich der Internetnutzung weiblicher Heranwachsender erforderlich ist, bleibt unklar und ist eine Fragestellung für weitere Forschung.

4.2 Akzeptanz von Jugendschutzsoftware bei Eltern und Erwartungshaltung

4.2.1 Überblick

In der forsa-Umfrage wurden die Eltern 3- bis 17-Jähriger u.a. danach gefragt, wer in besonderem Maße Verantwortung dafür trägt, dass Kinder und Jugendliche bei ihrer Internetnutzung vor ungeeigneten Inhalten geschützt werden. Das Ergebnis ist für eine erste Betrachtung

Eltern sind sich einig, dass vor allem sie selbst Verantwortung für den Schutz ihrer Kinder vor ungeeigneten Inhalten im Netz tragen.

der generellen Akzeptanz Jugendschutzsoftware bei den Eltern insofern interessant, als dass die Eltern vor allem sich selbst in der Hauptverantwortung sehen. 94% der Eltern geben an, dass Eltern in besonderem Maße Verantwortung dafür tragen, dass Kinder und Jugendliche vor ungeeigneten Internetinhalten geschützt werden. Im Weiteren werden Kindergar-

ten/Schulen (60%), Behörden (52%), Internetanbieter (48%), Polizei (44%), Internetcommunity (37%) und Kirchen (17%) genannt (vgl. forsa 2011).

Grundsätzlich scheinen technische Hilfsmittel für die Internetnutzung von Kindern bei den Eltern durchaus akzeptiert. Bereits die JFF-Studie aus dem Jahr 2007 hatte zum Ergebnis, dass nicht wenige Eltern technischen Lösungen durchaus Akzeptanz entgegen bringen und vor allem erwarten, dass damit gerade jene Medienbereiche „in den Griff“ zu bekommen sind, für die sie großen Regelungsbedarf sehen und zu denen sie selbst wenig Erfahrung und kaum Wissen haben. Insbesondere das Internet sehen Eltern als unkontrollierten Raum mit unabsehbaren Gefahren für Kinder und Jugendliche, sowohl finanzieller wie auch inhaltlicher Art. Von technischen Lösungen erhoffen sie sich gerade hier Unterstützung für ihr eigenes, von Unsicherheit geprägtes erzieherisches Handeln (vgl. Theunert & Gebel 2007).

Fast alle Eltern halten es für wichtig, dass es Jugendschutzsoftware gibt.

Auch die Ergebnisse der forsa-Befragung deuten auf eine breite Akzeptanz von Jugendschutzsoftware bei Eltern hin – im Allgemeinen und auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erziehungspraxis: Unabhängig davon, ob sie Jugendschutzsoftware kennen oder schon ein-

mal genutzt haben, finden es nahezu alle befragten Eltern (95%) grundsätzlich „sehr wichtig“, „wichtig“, dass es Programme gibt, die verhindern sollen, dass Kinder und Jugendliche im Internet mit ungeeigneten Inhalten in Kontakt kommen. Mit Blick auf die eigene Erziehungspraxis wird deutlich: Unabhängig von Alter und Bildung sind sich fast alle Eltern (93%) darüber einig, dass Jugendschutzsoftware ein wichtiges Hilfsmittel sein kann. Die meisten

(75%) geben auch an, dass der Einsatz von Jugendschutzsoftware zu ihren sonstigen Erziehungsgrundsätzen passt. Sogar wenn Kinder ausreichend über die Gefahren des Internets aufgeklärt wären, hält nur ein Fünftel der Eltern (20%) Jugendschutzsoftware für überflüssig (vgl. forsa 2011).

Sieht man sich an, in welchem Umfang Eltern tatsächlich die verschiedenen Möglichkeiten nutzen, um softwaregestützt die Internetnutzung ihrer Kinder zu schützen, einzuschränken oder zu kontrollieren, dann zeigt sich, dass inhaltliche Zugangsbeschränkungen mit Hilfe von Filterprogrammen zwar eine deutlich geringere Akzeptanz haben als Softwarelösungen, mit denen Schäden an den Computern verhindert und ungewollte E-Mails abgefangen werden sollen (z. B. Antiviren- oder Spam-Lösungen), aber eine höhere Akzeptanz genießen als Kontroll- und Monitoring-Software zur Protokollierung oder zeitlichen Einschränkung der Internetnutzung (vgl. Livingstone et al. 2011).

Auch verglichen mit den praktizierten anderen, nicht-technischen Maßnahmen zur Medienerziehung und zum Jugendmedienschutz genießen Filterprogramme nicht die höchste Akzeptanz. Der KidsVerbraucherAnalyse 2011 ist bspw. zu entnehmen, dass in der familiären Praxis bezogen auf 6- bis 13-Jährige persönliche Verbote (die Teilnahme an Gewinnspielen, Downloads oder den Besuch von Chats betreffend) und Reglementierungen der Internetnutzung von Kindern durch die Eltern (Erlaubnis nur für den Besuch bestimmter Internetseiten und zeitliche Begrenzung der Internetnutzung) verbreiteter sind als die Installation von Schutzprogrammen (vgl. Egmont Ehapa 2011).

Eine bereits Mitte der 2000er Jahre durchgeführte englische Studie zum medienerzieherischen Handeln von Eltern 9- bis 17-Jähriger zeigte, dass die Eltern auch anderswo eher auf Regeln zur Internetnutzung ihrer Kinder setzen als auf die technische Restriktion mittels Filter- oder Monitoring-Software (vgl. Livingstone & Helsper 2008). In der Schweizer FHNW-HSA-Studie deutet sich zudem an, dass auch institutionalisierte Maßnahmen zum Jugendmedienschutz („Bessere Aufklärung über Schulen“, „Strengere Regelungen“ für Anbieter und „Stärkere Regeln im Internet durch den Staat“) bei Eltern eine höhere Akzeptanz besitzen als technische Hilfsmittel wie Filter- und Monitoring-Software (vgl. Steiner & Goldoni 2011).

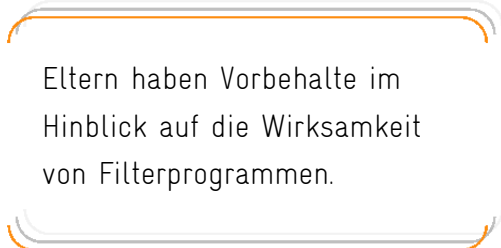
Die Ergebnisse der KIM-Studien legen nahe, dass die Akzeptanz von Filterprogrammen in den letzten Jahren bei Eltern rückläufig ist. Der Aussage, „Kinder sollten nur im Internet surfen, wenn ein Filter- oder Schutzprogramm installiert ist“, stimmten 2006 noch 77% der Haupterziehenden von 6- bis 13-Jährigen „voll und ganz“/„weitgehend“ zu. 2008 waren es 66% und 2010 64% (vgl. MPFS 2011a, 2009, 2007). Für die Jahre 2008 und 2006 lässt sich auch sagen, dass diese Ansicht weitgehend unabhängig vom gesellschaftlichen Milieu, das die Eltern repräsentieren, verbreitet ist (vgl. Feierabend & Klingler 2007, 2009). Die Tatsache, dass der Anteil der Eltern von 6- bis 13-Jährigen, die diesem Statement zustimmen, in den letzten Jahren rückläufig gewesen ist, muss nicht unbedingt auf eine sinkende Akzeptanz von

Filter- oder Jugendschutzprogrammen hindeuten. Plausibler erscheint die Erklärung, dass 2006 die Internetnutzung von 6- bis 13-Jährigen bei weitem noch nicht so weit verbreitet war wie 2010 und daher generelle Unsicherheiten im Hinblick auf die möglichen Risiken im Internet stärker ausgeprägt waren. Der beobachtete Rückgang wäre demnach eher Ausdruck der Entwicklung, dass es zunehmend als normal angesehen wird, dass auch Kinder dieses Alters das Internet nutzen.

Gleichwohl bleibt es in vertiefenden Untersuchungen zu prüfen, inwieweit die genannten Befunde auch auf eine abnehmende Akzeptanz von Jugendschutzprogrammen hindeuten, die sich in einer bewussten Entscheidung gegen solche Programme oder aber in einer allgemeinen Verunsicherung äußern.

4.2.2 Hintergründe

Die Akzeptanz von Filterprogrammen bei Eltern hängt in einigen Punkten mit den persönlichen Erwartungshaltungen zusammen. In der Gesamtschau zeigt sich: Akzeptiert werden vor allem die Jugendmedienschutzinstrumente, die 1. wirksam und 2. in der Erziehungspraxis auch einfach zu handhaben sind. 3. ist die Akzeptanz von Jugendschutzsoftware auch im Kontext der elterlichen Vorstellungen von der Internetnutzung ihrer Kinder zu sehen.



Eltern haben Vorbehalte im Hinblick auf die Wirksamkeit von Filterprogrammen.

Zu 1.) Hinsichtlich der Wirksamkeit von Filterprogrammen weisen die Ergebnisse mehrerer Studien darauf hin, dass diesbezüglich viele Eltern (noch) Vorbehalte haben und Jugendschutzsoftware gerade von den Eltern, die keine Kenntnis davon haben, nur im Ausnahmefall als

wirksames Instrument gesehen werden. In der ZDF-Studie waren es keine 30% aller befragten Haupterziehenden bzw. 53% derjenigen, denen Jugendschutzsoftware bekannt ist, die diese für „wirksam“ hielten. Das ist nicht nur absolut, sondern auch in Hinblick auf die anderen, bereits seit Jahren etablierten Instrumente des Jugendmedienschutzes ein eher geringer Wert. Laut ZDF-Studie werden Altersangaben auf DVDs oder Spielen sowie Ungeeignetheitsansagen und Sendezeitgrenzen im Fernsehen von der Elternschaft für wirksamer gehalten (vgl. ZDF/HBI 2011).

Mit einer anderen Fragestellung bestätigen auch die Ergebnisse der KIM-Studien 2008 und 2010 eine bei Eltern weit verbreitete Skepsis gegenüber der Wirksamkeit von Jugendschutzsoftware. Von den hier befragten Eltern, deren 6- bis 13-jährigen Kinder einen internetfähigen PC im Haushalt nutzen, stimmte ein Drittel (2008 = 33%, 2010 = 34%) „voll und ganz“/„überwiegend“ zu, dass Kinder das Internet unbesorgt nutzen können, wenn ein Filterprogramm installiert ist (vgl. MPFS 2011a, 2009).

Hinsichtlich der Wirksamkeit von Jugendschutzsoftware gibt es also nach wie vor größere Vorbehalte. Inwieweit die Eltern hier eher die Funktionalitäten und Filterleistung der Programme oder aber die Zielgruppe der jungen Internetnutzer im Blick haben, müsste in weiteren Studien noch geklärt werden. In der qualitativen JFF-Studie von 2007 hat sich jedenfalls angedeutet, dass beides eine Rolle spielt. Demnach schützen technische Vorkehrungen zur Filterung und Protokollierung im Verständnis von Eltern und Pädagogen nur unzureichend und behindern Filtersysteme mit ihrem Overblocking die inhaltliche Arbeit in pädagogischen Kontexten. Die Jugendlichen selbst bekundeten zwar eine grundsätzliche Akzeptanz, berichteten aber auch über die Umgehungsmöglichkeiten von Filterprogrammen (vgl. Theunert & Gebel 2007).

Stellt man die Skepsis der Eltern, die Kenntnis von Jugendschutzprogrammen haben, bzw. deren Kinder das Internet zu Hause tatsächlich nutzen, den Vorstellungen aller Eltern gegenüber, deutet sich an, dass mit zunehmender Kenntnis von und dem Wissen über Jugendschutzsoftware bzw. mit der faktischen Internetnutzung ihrer Kinder im familiären Alltag offenbar auch das Bewusstsein darüber zunimmt, dass diese als technisches Mittel keine hundertprozentige Sicherheit bietet. Das könnte einer der Hintergründe sein, weshalb in der forsa-Befragung nur 9% aller Eltern (also mit und ohne Kenntnis bzw. mit und ohne Kindern, die das Internet nutzen) Jugendschutzsoftware für wirkungslos halten (vgl. forsa 2011). Dieser Zusammenhang könnte in weiteren Studien noch deutlicher herausgearbeitet werden.

Überzeugt von der Wirksamkeit von Filterprogrammen sind in besonderem Maße die Eltern, die sie bei der Internetnutzung ihrer Kinder auch tatsächlich einsetzen. 70% der in der ZDF-Studie befragten Haupterziehenden, die Jugendschutzsoftware einsetzen, bescheinigen ihr, „sehr wirksam“ zu sein; weitere 28% halten sie zumindest für „etwas wirksam“. Für die meisten verhindert der Einsatz nicht nur, dass die Kinder mit negativen Inhalten in Berührung kommen. Den meisten erspart Jugendschutzsoftware auch Diskussionen mit den Kindern über Seiten, die sie nutzen dürfen, und ermöglicht es, die Kinder allein im Netz surfen zu lassen (vgl. ZDF/HBI 2011). Hier wird deutlich, dass die elterlichen Erwartungen an eine möglichst hohe Zuverlässigkeit und Wirksamkeit von Filterprogrammen nicht zuletzt mit der grundsätzlichen Erwartungshaltung zusammenhängt, durch den Einsatz technischer Hilfsmittel auf eine persönliche Kontrolle und Begleitung der Internetnutzung verzichten zu können. Dass letzteres nicht Sinn und Zweck des Einsatzes von Filterprogrammen ist, sollten Informationskampagnen insoweit unbedingt mit berücksichtigen.

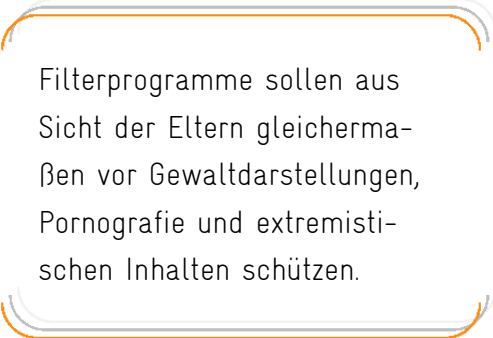
Eltern, die Jugendschutzsoftware einsetzen, bescheinigen ihre Wirksamkeit.

Zu 2.) Inwieweit neben der Wirksamkeit auch die Nutzerfreundlichkeit und Funktionalität von Filterprogrammen für die Akzeptanz bei Eltern bedeutsam ist, zeigt sich in den Ergebnissen der letzten beiden KIM-Studien. Nicht wenige Eltern, deren 6- bis 13-jährigen Kinder

einen internetfähigen PC im Haushalt nutzen, machen hier deutliche Abstriche. Konkret stimmt jeweils knapp ein Drittel der Haupterziehenden „voll und ganz“/„überwiegend“ zu, dass Filterprogramme zu wenig nach dem Alter unterscheiden (2010 = 33%, 2008 = 31%), zu teuer sind (31 bzw. 25%), zu kompliziert zu installieren sind (30 bzw. 27%) oder die eigene Nutzung zu sehr einschränken (29 bzw. 24%) (vgl. MPFS 2011a, 2009). Eine spannende, noch zu beantwortende Frage ist, inwieweit Nutzerfreundlichkeit und im Idealfall eine kostenlose Abgabe auch den Einsatz von Jugendschutzprogrammen befördern. Entsprechende Hinweise, dass diese Aspekte den Anwendern durchaus wichtig sind, finden sich in der ZDF-Studie. Hier gaben jeweils die meisten Eltern an, die genutzte Jugendschutzsoftware (auch) deshalb einzusetzen, weil sie „besonders leicht zu bedienen“ bzw. „kostenlos“ ist (vgl. ZDF/HBI 2011).

Zu 3.) Ein wesentlicher Hintergrund für die Akzeptanz von und Erwartungen an Jugendschutzsoftware sind nach gegenwärtiger Datenlage auch die Vorstellungen von und insbesondere die Befürchtungen der Eltern hinsichtlich der Internetnutzung ihrer Kinder. Wie die KidsVerbraucherAnalyse 2011 zeigt, sehen die mit Abstand meisten Eltern 6- bis 13-Jähriger (90%) den „schnellen Zugang zu gefährlichen Inhalten“ als ein Problem bei der Internetnutzung ihres Kindes. Die anderen abgefragten Problembereiche (Angebotsüberflutung, Bewegungsmangel, früheres Erwachsenwerden oder Vereinsamung der Kinder) werden von den Eltern deutlich weniger problematisiert (vgl. Egmont Ehapa 2011).

Vor diesem Hintergrund tragen fast alle Eltern auch den eigentlichen Schutzzweck von Jugendschutzprogrammen voll mit. Gewaltdarstellungen, Pornografie und extremistische Inhalte,



Filterprogramme sollen aus Sicht der Eltern gleichermaßen vor Gewaltdarstellungen, Pornografie und extremistischen Inhalten schützen.

also die Inhalte, die seit Jahrzehnten im Zentrum des Jugendmedienschutzes stehen, sehen fast alle der in der forsa-Studie befragten Eltern (94 bis 96%) als Inhalte an, vor denen Jugendschutzsoftware „auf jeden Fall schützen“ sollte. Einzig der ebenfalls diskutierte Bereich der Werbung, der zuweilen auch in der Fachöffentlichkeit eher als ein Thema des (Jugend-) Verbraucherschutzes gesehen wird, schlägt im Antwortverhalten der Eltern etwas aus der Reihe. Trotzdem sollte im Verständnis einer knappen Mehrheit (57%) Jugendschutzsoftware die Kinder bei ihrer Internetnutzung auch vor Werbung schützen (vgl. forsa 2011).

Die Ergebnisse der Schweizer FHNW-HSA-Studie bestätigen, dass der Zugang zu ungeeigneten, potentiell gefährdenden Inhalten eine wesentliche Befürchtung der Eltern bei der Internetnutzung ihrer Kinder ist. Besonders relevant für die Akzeptanz von Jugendschutzprogrammen ist das differenzierende Ergebnis, dass Eltern weniger den bewussten Zugang zu, sondern vielmehr die ungewollte Konfrontation mit solchen Inhalten befürchten. 62% der

befragten Eltern 10- bis 17-Jähriger, Väter wie Mütter, sorgen sich, ihr Kind könne zufällig mit Gewalt darstellenden oder pornografischen Inhalten im Internet konfrontiert werden. Demgegenüber fürchten nur 35%, ihr Kind könne solche Inhalte bei der Internetnutzung bewusst suchen (vgl. Steiner & Goldoni 2011).

Die Schweizer Studie deutet zudem an, dass auch eine fehlende Akzeptanz von Jugendschutzprogrammen im Kontext der elterlichen Vorstellungen von der Internetnutzung ihrer Kinder zu sehen ist. Hier ist insbesondere auf das Vertrauen, was Eltern ihren Kindern entgegen bringen, abzustellen: 90% der befragten Eltern 10- bis 17-Jähriger haben mit ihren Kindern vereinbart, dass sie bei Problemen im Internet zu ihnen kommen sollen. 84% glauben, dass die Kinder zu ihnen kommen, wenn sie schlechte Dinge im Internet erlebt haben. Für fast die Hälfte der befragten Eltern ist das Vertrauen in die eigenen Kinder auch explizit ein Grund dafür, dass keine technischen Einschränkungen an den von dem Kind genutzten Computer vorgenommen werden (ebd.). In die gleiche Richtung geht das Ergebnis der 2008 durchgeführten Eurobarometer-Studie. Hier geben 69% der in Deutschland befragten Eltern an, keine Filter- und Kontrollsoftware zu nutzen, weil sie den eigenen Kindern vertrauen (vgl. European Commission 2008).

4.2.3 Differenzierungen

Die gegenwärtige Forschungslage zeigt, dass die Akzeptanz von Jugendschutzsoftware bei Erziehenden und deren Erwartungshaltung hinsichtlich der Familienkonstellationen und soziodemografischen Merkmale der Eltern differiert. Zu nennen sind hier 1. das Alter der Kinder, 2. das Geschlecht der Eltern und 3. deren Bildung.

Zu 1.) In der ZDF-Studie zeigt sich: Bei den Eltern korrespondieren die persönlichen Vorstellungen von der Wirksamkeit solcher Programme mit der faktischen, vom Alter der Kinder abhängigen Nutzung (siehe Punkt 4.3). Die höchste Wirksamkeit weisen die befragten Haupterziehenden 10- bis 11-Jähriger Jugendschutzsoftware zu. 33% aller Befragten halten sie für wirksam. Bei den Haupterziehenden der Jüngsten (3- bis 5-Jährigen) und Ältesten (16- bis 17-Jährigen) sind es unter 20% (vgl. ZDF/HBI 2011).

Auch in der forsa-Befragung deutet sich an, dass die Wirksamkeit von Jugendschutzprogrammen (hier: „Jugendschutzsoftware ist wirkungslos“) von den Eltern vor dem Hintergrund des Alters ihrer Kinder unterschiedlich gesehen wird. Allerdings bestätigt sich hier nur teilweise die Tendenz der ZDF-Studie. Im Weiteren ist der forsa-Befragung zu entnehmen, dass mit zunehmendem Alter der Kinder Jugendschutzprogramme als restriktiv-bewahrendes Jugendschutzinstrument immer weniger zum Erziehungskonzept der Eltern passen. Als markanter Zeitpunkt lässt sich der Übergang von der Kindheit ins Jugendalter benennen. Jeweils ca. 80% der Eltern von 3- bis 5-, 6- bis 8- und 9- bis 11-jährigen Kindern geben an, „Der Einsatz

von Jugendschutzsoftware passt zu meinen sonstigen Erziehungsgrundsätzen“. Bei den Eltern 12- bis 14-Jähriger sind es 76%, bei Eltern 15- bis 17-Jähriger nur 66% (vgl. forsa 2011).

Zu 2.) Bereits hinsichtlich der Frage, wer Verantwortung dafür trägt, dass Kinder und Jugendliche bei ihrer Internetnutzung vor ungeeigneten Inhalten geschützt werden, unterscheiden sich die Einstellungen von Müttern und Vätern. In der Gesamttendenz nehmen Mütter insbesondere Kindergarten/Schule, Polizei und die Internetcommunity mehr in die Pflicht als Väter, allerdings ohne die Hauptverantwortung seitens der Eltern zu schmälern (ebd.).

In der forsa-Befragung deutet sich außerdem an, dass der Einsatz von Jugendschutzsoftware eher zu den Erziehungsgrundsätzen der Mütter (Zustimmung 78%, Ablehnung 16%) als zu denen der Väter (Zustimmung 71%, Ablehnung 24%) passt. Väter halten demgegenüber mehr als Mütter den Einsatz von Jugendschutzsoftware für überflüssig, wenn die Kinder ausreichend über die Gefahren des Internets aufgeklärt sind (ebd.).

In der Sonderauswertung der KIM-Studie 2010 zeigt sich: Sowohl was die abgefragten Aspekte „Filterprogramme sind sowieso wirkungslos“, „unterscheiden zu wenig nach dem Alter der Kinder“, „sind zu teuer“ und „schränken meine eigene Nutzung zu sehr ein“ als auch den Aspekt „Wenn ein Filterprogramm installiert wird, kann ich mein Kind unbesorgt das Internet nutzen lassen“ anbetrifft, erhalten Filterprogramme von Vätern mehr Zustimmung als von Müttern, die viel häufiger auch keine Antwort auf die Frage wissen (vgl. MPFS 2011b). Offensichtlich führen die insbesondere bei Müttern beobachteten Kenntnisdefizite (siehe Punkt 4.1) dazu, dass Mütter auch größere Schwierigkeiten haben, konkrete Erwartungen an Filterprogramme zu richten und sie vor dem Hintergrund eines möglichen Einsatzes bei den eigenen Kindern angemessen zu bewerten. Inwieweit sich dies negativ auf eine bewusste Entscheidung für oder gegen Filterprogramme auswirkt, sollte ein Thema weiterer Forschung sein.

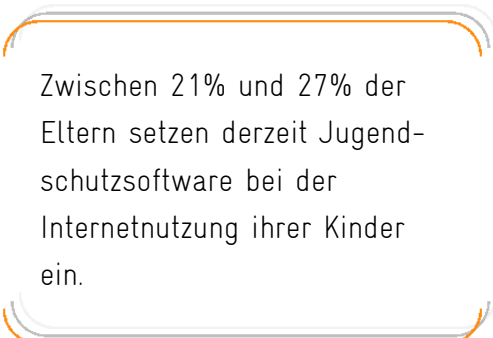
Zu 3.) Hinsichtlich der Bildung der Eltern zeigen sich einige Tendenzen, die für die Akzeptanz von und die Erwartungen an Jugendschutzsoftware relevant sind. Mit Blick auf die elterlichen Vorstellungen von der Internetnutzung der eigenen Kinder wird deutlich, dass niedrig gebildete Eltern viel häufiger als höher gebildete davon ausgehen, dass ihre Kinder bei der Internetnutzung bewusst nach Gewalt darstellenden oder pornografischen Inhalten suchen (vgl. Steiner & Goldoni 2011). Inwieweit dies auch ein zentraler Grund dafür ist, dass sich v. a. niedrig gebildete Eltern bessere Kinderschutzsoftware wünschen, sollte in weiterer Forschung untersucht werden. Hier müsste auch eruiert werden, inwieweit Nutzerfreundlichkeit im weitesten Sinne insbesondere bei niedriger gebildeten Eltern eine Akzeptanz von Filterprogrammen befördern. Denn die Sonderauswertung der KIM-Studie 2010 hat auch gezeigt, dass niedriger gebildete Eltern mehr als höher gebildete der Ansicht sind, Filterprogramme seien „zu teuer“, deren Installation „zu kompliziert“ und würden die eigene Nutzung zu sehr einschränken (vgl. MPFS 2011b).

4.3 Nutzung von Jugendschutzsoftware durch Eltern

4.3.1 Überblick

Fast alle der für diesen Bericht systematisch durchgesehen Studien gehen der Frage nach, in welchem Umfang Jugendschutzprogramme von den Eltern tatsächlich bei der Internetnutzung ihrer Kinder eingesetzt werden. Die Ergebnisse der Studien sind allerdings regelmäßig nicht miteinander vergleichbar. Zum einen werden Jugendschutzprogramme unterschiedlich definiert und operationalisiert (z. B. Filtersoftware, Filterprogramme, Schutzprogramme, siehe auch Punkt 3.1) und nicht selten in einer Frage zusammen mit anderen technischen Lösungen (z. B. Filter- und Kontrollsoftware) abgefragt. Auch bleibt in aller Regel der zentrale Aspekt der Nutzerautonomie von (i.S. des Gesetzes geeigneten) Jugendschutzprogrammen außen vor. Zum anderen sind die Zielgruppen und darauf bezogene Ergebnisdaten höchst unterschiedlich. In einigen Studien werden Eltern befragt, in anderen explizit die Haupterziehenden von Kindern unterschiedlichen Alters, in wieder anderen Kinder (und Eltern). In einigen Ergebnisberichten finden sich Daten auf alle Befragten bezogen, in anderen auf diejenigen, deren Kinder zu Hause tatsächlich das Internet nutzen, in wieder anderen auf diejenigen, die wissen, was Filterprogramme sind bzw. zumindest schon mal davon gehört haben.

In der Gesamtschau zeichnet sich zumindest ein Korridor ab, innerhalb dessen sich die Nutzung real bewegt: Nach den derzeitigen für Deutschland vorliegenden Zahlen setzen zwischen 21% und 27% der Eltern Jugendschutzsoftware bei der Internetnutzung ihrer Kinder ein. Ein differenziertes Bild hierzu ergibt sich aus den Ergebnissen der ZDF-Studie: 25% der Haupterziehenden 3- bis 17-Jähriger geben an, Jugendschutzsoftware zu nutzen. Von den Haupterziehenden, deren Kind das Internet mindestens mehrmals im Monat nutzt, geben 27% an, eine Jugendschutzsoftware einzusetzen, wenn das Kind das Internet nutzt. Bereinigt man die Daten um die Eltern, die gar keine Kenntnis von Jugendschutzsoftware haben, ergeben sich natürlich deutlich höhere Werte: Von den Haupterziehenden, die Jugendschutzprogramme kennen, geben 54% an, solche Programme auch zu nutzen (43% „oft“, 12% „manchmal“) (vgl. ZDF/HBI 2011). Bislang unerforscht ist hier allerdings die Frage, inwieweit Jugendschutzprogramme trotz der Kenntnis von ihrer Existenz als Resultat einer bewussten Entscheidung nicht genutzt werden (s. oben).



Zwischen 21% und 27% der Eltern setzen derzeit Jugendschutzsoftware bei der Internetnutzung ihrer Kinder ein.

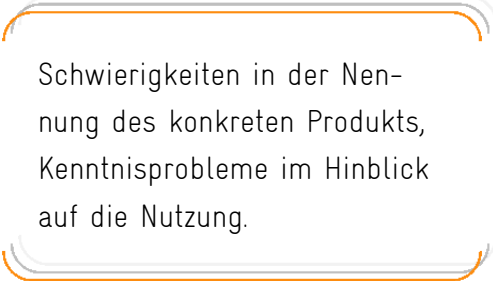
Bei der EU-Kids-Online-Studie gaben 25% der 2010 in Deutschland befragten Eltern von 9- bis 16-Jährigen an, „technical safety tools“ bzw. Programme zum Blocken/Filtern bestimmter Websites einzusetzen, wobei diese Zahl aufgrund der hohen Übereinstimmung der Aussagen von Eltern und Kindern (25 bzw. 26 %; EU25: 33 bzw. 28%) besonders verlässlich erscheint

(vgl. Livingstone et al. 2011). Ebenso das Ergebnis der letzten KIM-Studie von 2010: Hier gaben 21% der Haupterziehenden von 6- bis 13-Jährigen an, dass auf dem Computer, den das Kind am häufigsten nutzt, Filterprogramme für das Surfen im Internet installiert sind (vgl. MPFS 2011b), wobei zu beachten ist, dass in der offiziellen Veröffentlichung der KIM-Studie 2010 (vgl. MPFS 2011a) versehentlich 14% ausgewiesen sind. Auch bei der KIM-Studie gibt es eine hohe Übereinstimmung der Angaben von Eltern (21%) und Kindern (22%), die auf dem von ihnen meistgenutzten Computer eine Kindersicherung vorfinden (ebd.).

Die Ergebnisse der forsa-Befragung bewegen sich ebenfalls im o.g. Korridor: Hier gaben 25% der Eltern, die schon einmal von Jugendschutzsoftware gehört haben, an, diese auch schon selbst genutzt zu haben (vgl. forsa 2011). Einzig die Zahlen der KidsVerbraucherAnalyse 2011 schlagen deutlich aus dem Rahmen, was sicherlich damit zu erklären ist, dass hier unklar bleibt, was Eltern bei ihren Antworten alles unter der Frage zu eingesetzten „Schutzprogrammen“ subsumiert und inwieweit sie dabei z. B. auch Virenschutzprogramme im Blick hatten: Hier gaben 57% der Eltern an, dass bei der Nutzung des Internets durch die 6- bis 13-jährigen Kinder Schutzprogramme installiert sind (vgl. Egmont Ehapa 2011).

Die Daten der FHNW-HSA-Studie deuten darauf hin, dass die mit Abstand meisten Eltern auch wissen, ob technische Maßnahmen zum Jugendmedienschutz auf den Computern ihrer Kinder eingerichtet sind. Gleich ob es sich dabei um Programme zum Blockieren bestimmter Webseiten, ein eigenes Benutzerkonto für das Kind mit Einschränkungen für die Benutzung von Programmen oder um zeitliche Einschränkungen der Internetnutzung auf den von den 10- bis 17-jährigen Kindern genutzten Computern handelt – der Anteil der Eltern, die das nach eigenen Angaben nicht wissen, liegt zwischen geringen 5 bis 6% (vgl. Steiner & Goldoni 2011).

Sieht man etwas genauer hin, zeigt sich allerdings, dass viele Eltern nicht wissen, welche Programme konkret installiert sind bzw. wie die installierten Programme genau heißen (vgl. ZDF/HBI 2011). Auch der Umgang mit den installierten Programmen ist offenbar in nicht unerheblichem Maß von Kenntnisdefiziten gekennzeichnet. So ist der FHNW-HSA-Studie zu



Schwierigkeiten in der Nennung des konkreten Produkts, Kenntnisprobleme im Hinblick auf die Nutzung.

entnehmen, dass 24% der Eltern, bei denen Programme zum Blockieren bestimmter Websites/Programme auf den von den Kindern genutzten Computern eingerichtet sind, nicht wissen, wie sie diese benutzen können (ebd.). Wenn hier auch nicht näher ausgewiesen wird, inwieweit sich diese Elternteile auf den jewei-

ligen Partner verlassen, was die Aktivierung und Konfiguration der Software angeht oder ob vorhandene technische Schutzmaßnahmen aufgrund fehlender eigener Kenntnis tatsächlich gar nicht richtig genutzt werden, ist dieses Ergebnis ein erstes Indiz dafür, dass nicht wenige

Eltern im Umgang mit derzeit erhältlicher Jugendschutzsoftware (technisch) überfordert sind; es kann auch darauf hin deuten, dass keineswegs alle installierten Programme bei der Internetnutzung der Kinder auch tatsächlich aktiviert und effizient konfiguriert sind.

4.3.2 Entwicklungen und Tendenzen

Betrachtet man die Ergebnisse zur Nutzung von Jugendschutzprogrammen in einem größeren Zusammenhang, dann ist auf zwei Aspekte besonders hinzuweisen: 1. Auf die nach gegenwärtiger Datenlage auf den ersten Blick rückläufige Tendenz beim Einsatz von Filterprogrammen bei der Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und 2. auf die seit Jahren verglichen mit anderen Ländern nur durchschnittlichen Nutzungsquoten.

Zu 1.) Die vorliegenden Vergleichszahlen der letzten drei KIM-Studien deuten darauf hin, dass der Einsatz von Filterprogrammen in den letzten Jahren rückläufig war. Gaben 2006 noch knapp 40% („weniger als zwei Fünftel“) der befragten Haupterziehenden 6- bis 13-Jähriger an, Filterprogramme für die Internetnutzung ihrer Kinder zu nutzen, waren es 2008 lediglich 27% und 2010 nur noch 21%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Eltern, deren Kinder ohne Aufsicht im Internet surfen dürfen, von 34% auf 41% (MPFS 2007, 2009, 2011b). In diesen Zahlen schlägt sich allerdings auch nieder, dass in den letzten Jahren der Anteil der Kinder zwischen 6 und 13 Jahren, die das Internet nutzen, gestiegen ist und es die Eltern entsprechend zunehmend als unproblematisch empfinden, dass auch jüngere Kinder online sind. Das würde den Rückgang des Einsatzes von Filtersoftware bzw. die Zunahme unbeaufsichtigter Nutzung erklären, ohne dass das etwas mit konkreten Erfahrungen mit Jugendschutzsoftware zu tun hätte. Mit vertiefenden qualitativen Erhebungs- und Analysemethoden ist in zukünftigen Studien genauer zu erkunden, ob die Nichtnutzung technischer Hilfen mit abnehmendem Problembewusstsein oder größerem Vertrauen in die Medienkompetenzen der Kinder zu tun hat oder eher mit konkreten Erfahrungen mit der Software, z. B. Overblocking bei der Internetnutzung der Kinder oder kompliziert zu handhabende Programme.

Zu 2.) Studien, in denen länderübergreifend nach der Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen und dem darauf bezogenen elterlichen Handeln gefragt wird, weisen darauf hin, dass die Eltern in Deutschland verglichen mit den Eltern in anderen Ländern der westlichen Welt keine Vorreiterrolle beim Einsatz von Jugendschutzprogrammen innehaben – nicht in Europa und auch nicht verglichen mit den USA. Mehrere Studien der letzten Jahre zeigen, dass der Einsatz von Filterprogrammen in Deutschland dem europäischen Durchschnitt entspricht und Eltern in Ländern wie Großbritannien und Irland seit Jahren z. T. deutlich häufiger von Jugendschutzsoftware Gebrauch

Nutzungszahlen in Deutschland im internationalen Vergleich: Mittelfeld.

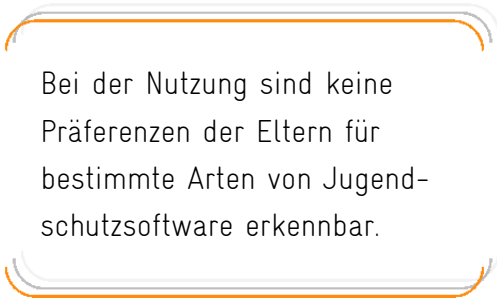
machen (vgl. European Commission 2008, Livingstone & Helsper 2008). Nach den derzeitigen Daten werden Filterprogramme auch bei unseren direkten Nachbarn in Frankreich, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden häufiger eingesetzt (vgl. Livingstone et al. 2011, Steiner & Goldoni 2011).

Auch wenn die Zahlen aus den USA aufgrund differierender Operationalisierungen nicht direkt mit denen aus Deutschland vergleichbar sind, deutet sich in den Untersuchungen an, dass Jugendschutzprogramme dort von Beginn ihrer Markteinführung an eine höhere Nutzungsquote hatten als in Deutschland. Daten, anhand derer die Entwicklung in den USA nachgezeichnet werden kann, zeigen zudem, dass nach den Steigerungsraten in der ersten Hälfte der 2000er Jahre offensichtlich eine Sättigung stattgefunden hat. Nutzten im Jahr 2000 41% der US-amerikanischen Eltern 12- bis 17-Jähriger Filter zum Schutz ihrer Kinder bei der Online-nutzung, waren es 2004 bereits 54% und damit genau so viele wie 2011 (vgl. Lenhart et al. 2011, 2006, Lenhart & Madden 2007, Lenhart 2005).

4.3.3 Genutzte Programme und veränderte Zugangsweisen

Nach gegenwärtiger Forschungslage scheinen Eltern, die Jugendschutzsoftware bei der Internetnutzung ihrer Kinder einsetzen, für den Schutz ihrer Kinder vor ungeeigneten Inhalten 1. keine bestimmten Programmtypen zu präferieren und 2. beim Thema Jugendschutz nicht die Internetnutzung außer Haus im Blick zu haben.

Zu 1.) Die wenigen veröffentlichten Daten zu den von Eltern in Deutschland genutzten Programmen lassen nicht einmal ansatzweise eine Tendenz für oder gegen spezifische Produkte erkennen. Nach den Ergebnissen der letzten KIM-Studie befinden sich auf den im Jahr 2010



Bei der Nutzung sind keine Präferenzen der Eltern für bestimmte Arten von Jugendschutzsoftware erkennbar.

von den 6- bis 13-Jährigen genutzten Computern installierten Filterprogrammen die Kindersicherungen von T-Online (16%), Norton Internet Security (7%), Klicksafe (6%), AOL (5%), fragFINN (4%), McAfee Privacy Service (3%) u.a.m. (vgl. MPFS 2011a). Auch anhand der wenigen in der ZDF-Studie konkret

benannten Filterprogramme (vgl. ZDF/HBI 2011) wird deutlich, dass Eltern hinsichtlich der Funktionsweise, verfügbaren Funktionen und Filtermechanismen unterschiedliche Programmtypen (siehe Punkt 3.2) einsetzen und dabei vor allem auf die Angebote der großen Softwareanbieter und Provider zurückgreifen.

Zu 2.) Weitestgehend unerforscht ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch, in welchem Umfang und welche Filterprogramme außerhalb des elterlichen Einzugsbereiches, etwa in der Schule oder in öffentlichen Einrichtungen zur Anwendung kommen. Fest steht lediglich, dass Filtersysteme nicht selten auch in Rechnerpools von Schulen installiert sind und hier die Internet-

nutzung der Schüler teilweise auch über Benutzerkennungen und Surfprotokolle nachvollziehbar gemacht wird (vgl. Theunert & Gebel 2007). Noch gänzlich ungeklärt ist demgegenüber, inwieweit Filtersoftware in erziehungsfernen Nutzungskontexten, insbesondere bei den mobilen Onlinezugängen Heranwachsender oder der Internetnutzung bei Freunden zur Anwendung kommen. Wie im „Norton Online Family Report 2010“ festgestellt, haben keineswegs alle Eltern von der mobilen Onlinenutzung ihrer Kinder Kenntnis (vgl. Symantec Corporation 2010a, 2010b).

Nach den Daten der JIM-Studie 2011 gehen hierzulande mittlerweile 13% der 12- bis 19-Jährigen Internetnutzer regelmäßig nicht von zu Hause ins Internet (im Jahr zuvor waren es lediglich 4%). In diesem Gesamtzusammenhang spielen neben den klassischen Wegen ins Internet via Computer/Laptop auch die anderen Zugangsformen (via Handy, Smart- oder iPhone, Spielkonsole, MP3-Player oder iPod, Tablet-PC oder Hybrid-Fernsehgeräte) eine immer größere Rolle. Nach der Internetnutzung der letzten 14 Tage gefragt, gaben immerhin 29% der 12- bis 19-Jährigen an, via Handy oder Smartphone ins Internet gegangen zu sein. Jeweils 7% gingen via Spielkonsole oder MP3-Player/iPod online (vgl. MPFS 2011c).

4.3.4 Differenzierungen

Häufig ist in den ausgewerteten Studien zur tatsächlichen Nutzung bzw. zum Einsatz von Jugendschutzprogrammen bei der Internetnutzung der jungen User auch der Frage nachgegangen worden, inwieweit diese mit soziodemografischen Merkmalen seitens der Eltern und ihrer Kinder zusammen hängt. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass es einige signifikante Unterschiede gibt hinsichtlich 1. des Alters und Geschlechts der Kinder, 2. des Geschlechts und der Bildung der Eltern und 3. der Anzahl der Kinder im Haushalt. Weitgehend unerforscht sind 4. mögliche Zusammenhänge mit den generell praktizierten Erziehungsstilen und der Internetnutzung der Eltern.

Zu 1.) Ob Eltern Jugendschutzprogramme bei der Internetnutzung ihrer Kinder einsetzen, hat nach bisherigem Forschungsstand in besonderem Maße mit dem Alter ihrer Kinder zu tun. Ein differenziertes Bild zeichnet hier die ZDF-Studie: Demnach werden Jugendschutzprogramme mit zunehmenden Alter der Kinder häufiger eingesetzt. Die Einsatzquote ist bereits bei den 10- bis 11-Jährigen hoch (hier setzen 33% der Haupterziehenden, deren Kind das Internet

Jugendschutzprogramme sind mit zunehmenden Alter der Kinder häufiger im Einsatz; mit dem Eintritt ins Jugendalter gehen die Zahlen wieder zurück.

mehrmals im Monat nutzt, Jugendschutzsoftware ein) und erreicht ihren Gipfel bei den 12- bis 13-Jährigen (38%). Mit Eintritt der Kinder ins Jugendalter kommen die Programme seltener zum Einsatz (bei den 16- bis 17-Jährigen nutzen nur noch 19% der Eltern insgesamt bzw.

13% der Eltern, deren Kind das Internet mehrmals pro Monat nutzt, Jugendschutzsoftware). In dieser mit dem Alter der Kinder zusammenhängenden Gesamttendenz steigen bzw. sinken auch die Sorgen, die sich Eltern hinsichtlich der Internetnutzung ihrer Kinder machen (vgl. ZDF/HBI 2011).

In der 2010 durchgeführten EU-Kids-Online-Studie bestätigt sich, dass das Alter der Kinder ein wichtiges Kriterium für den Einsatz von Filterprogrammen ist. Bei den in Deutschland befragten Eltern lagen die Quoten der Nutzung zwischen 34% (bei den Eltern von 9- bis 10-Jährigen) und 13% (bei den Eltern von 15- bis 16-Jährigen). Mit Blick auf den Durchschnitt in den 25 europäischen Ländern des Samples zeigt sich die gleiche, wenn auch etwas weniger stark ausgeprägte Tendenz (zwischen 36% und 23%) (vgl. Livingstone et al. 2011). Auch in anderen Studien bestätigt sich, dass Jugendschutzprogramme nach zunehmenden Einsatzquoten bei älteren Kindern im Altersverlauf Jugendlicher seltener zum Einsatz kommen (vgl. Steiner & Goldoni 2011, European Commission 2006, 2008, Wold 2009, Lenhart & Madden 2007, Lenhart 2005, Lenhart et al. 2006).

Nicht so deutlich ausgeprägt wie die Unterschiede hinsichtlich des Alters der Kinder sind solche hinsichtlich ihres Geschlechts. Auch ist die Datenlage hierzu weniger eindeutig: Mehrere Studien verweisen darauf, dass Jugendschutzsoftware bei der Internetnutzung weiblicher Heranwachsender häufiger eingesetzt wird als bei der männlicher (vgl. ZDF/HBI 2011, MPFS 2011a) – anders als bei der Kenntnis über Jugendschutzsoftware (s. oben S. 15 f.). Den Ergebnissen der ZDF-Studie lässt sich entnehmen, dass 58% der Eltern von Mädchen, die Jugendschutzprogramme kennen und wissen, diese auch einsetzen (bei den Eltern von Jungen sind es 51%) (vgl. ZDF/HBI 2011).

Ein etwas differenzierteres, z. T. widersprechendes Ergebnis wird in der EU-Kids-Online-Studie von 2010 ausgewiesen. Demnach kommt bei der Software zum Filtern bzw. Blockieren bestimmter Inhalte bei der Internetnutzung der älteren, der 13- bis 16-Jährigen, häufiger bei Mädchen als bei Jungen zur Anwendung (26 bzw. 18%). Bei den Jüngeren, den 9- bis 12-Jährigen, zeigt sich eine leicht gegenläufige Tendenz (38 bzw. 41%) (vgl. Livingstone et al. 2011).

Zu 2.) Hinsichtlich des Geschlechts der Eltern kam die 2008 durchgeführte Eurobarometer-Studie zum Ergebnis, dass Väter häufiger als Mütter angeben, bei der Internetnutzung ihrer Kinder Filter- und Kontrollsoftware einzusetzen (vgl. European Commission 2008). Dieser Zusammenhang lässt sich auch in der Sonderauswertung der KIM-Studie 2010 erkennen (vgl. MPFS 2011b). Allerdings müsste in zukünftigen Studien systematisch der Frage nachgegangen werden, inwieweit hier ggf. die bei Müttern stärker ausgeprägten Kenntnisdefizite eine Rolle spielen. Denn in der KIM-Studie 2010 deutete sich auch an, dass Mütter häufiger als Väter nicht wissen, ob ein Filter- oder Schutzprogramm installiert ist (vgl. MPFS 2011b).

Zudem deutet sich in der FHNW-HSA-Studie an, dass v. a. Mütter nicht wissen, wie man die Programme einrichtet und wie sie funktionieren (vgl. Steiner & Goldoni 2011).

In einigen wenigen Studien finden sich auch Zusammenhänge mit der Bildung der Eltern. In der Sonderauswertung der KIM-Studie 2010 (vgl. MPFS 2011b) und – bezogen auf den mit Bildung zusammenhängenden sozioökonomischen Status – auch in der EU-Kids-Online-Studie von 2010 (vgl. Livingstone et al. 2011) zeigt sich, dass höher gebildete Eltern häufiger Jugendschutzsoftware einsetzen als niedriger gebildete. In der FHNW-HSA-Studie wird bestätigend festgestellt, dass formal niedrig gebildete Eltern unabhängig vom Alter des Kindes in geringerem Maße eine restriktive Mediation (inkl. des Einsatzes von Schutzsoftware) praktizieren als höher gebildete. Ein wesentlicher Hintergrund dafür könnte die ebenfalls in der Studie aufgezeigte Tendenz sein, dass bei niedriger gebildeten Eltern die Kinder auch deutlich häufiger einen internetfähigen Computer haben als bei höher gebildeten (vgl. Steiner & Goldoni 2011).

Zu 3.) Im Gegensatz zu den meisten anderen Studien werden die Ergebnisse zum Einsatz von Jugendschutzsoftware in der forsa-Befragung auch differenziert nach der Anzahl der Kinder ausgewiesen. Hier zeigt sich, dass mit zunehmender Kinderzahl die Eltern bei der Internetnutzung ihrer Kinder häufiger Jugendschutzsoftware einsetzen (vgl. forsa 2011). Zu beachten ist hier, dass mit zunehmender Anzahl der Kinder natürlich auch die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass zumindest ein Kind in einem Alter ist, für das ohnehin erhöhte Einsatzraten festgestellt werden (s.o.) und in Mehrkindhaushalten das Internet tendenziell mehr von Kindern genutzt wird, womit sich aus Sicht der Eltern offenbar auch eher die Notwendigkeit ergibt, technische Hilfsmittel einzusetzen.

Zu 4.) Nur im Ausnahmefall wurde in der bisherigen Forschung der Frage nachgegangen, inwieweit die (allgemein angewandten) Erziehungsstile der Eltern den Einsatz von Jugendschutzprogrammen befördern bzw. hemmen. Eine Mitte der 2000er Jahre durchgeführte US-amerikanischen Studie weist auf den Zusammenhang hin, dass Filtersoftware („technological blocking“) von Eltern mit autoritären Erziehungsstil („authoritative“/“authoritarian parents“) signifikant häufiger bei der Internetnutzung der Kinder eingesetzt wird als von nachlässigen Eltern („neglectful parents“) (vgl. Eastin et al. 2006). Zukünftige Studien sollten an diesem Punkt ansetzen und danach fragen, inwieweit die generell in den Familien praktizierten bzw. die konkret auf die Internetnutzung der Kinder bezogenen Erziehungsstile den Einsatz von Filterprogrammen beeinflussen und prägen.

Eine ebenfalls noch zu klärende Frage ist, inwieweit die Internetnutzung der Eltern einen Einfluss auf die Art und Weise hat, wie sie die Internetnutzung ihrer Kinder reglementieren und ggf. einschränken. Die Eurobarometer-Studie von 2008 deutete diesbezüglich bereits an, dass die Eltern Filter- und Kontrollsoftware v. a. dann bei ihren Kindern einsetzen, wenn sie selbst oft das Internet nutzen (vgl. European Commission 2008). Was genau die Hintergründe hier-

für sind, z. B. inwieweit hier eigene Interneterfahrungen der Eltern zu einem erhöhten Gefahren- und Problembewusstsein führen, bleibt hier allerdings unbeantwortet und müsste Inhalt weiterer Forschungsanstrengungen sein.

4.4 Informationsquellen & Informationsverhalten von Eltern

4.4.1 Überblick

Die Verbreitung adäquater Informationen in der Zielgruppe der Erziehenden ist die Basis für eine möglichst flächendeckende Kenntnis von und das notwendige Grundwissen um die Bedeutung von Jugendschutzsoftware. Über das Informationsverhalten der Eltern, insbesondere

Deutliche Informationsdefizite und artikulierter Informationsbedarf auf Elternseite.

was die Quellen anbetrifft, über die sie Informationen zu Filterprogrammen erhalten und von denen sie (verstärkt) auch entsprechende Informationen erwarten, liegen bislang nur wenige Erkenntnisse vor. Einige erste Hinweise ergeben v. a. die forsa-Befragung (vgl. forsa 2011) und

die KIM-Studien 2008 und 2010 (vgl. MPFS 2011a, 2011b, 2009). Erstere belegt, dass in breiten Kreisen der Elternschaft nicht nur Kenntnisdefizite (siehe Punkt 4.1), sondern auch Informationsdefizite bestehen. Zwar geben die meisten Eltern 3- bis 17-Jähriger (58%) an, „schon einmal Informationen über Jugendschutzsoftware erhalten“ zu haben, die verbleibenden 42% haben dies aber bisher noch nicht (vgl. forsa 2011).

Bemerkenswert ist, dass die erhaltenen Informationen eher das Resultat des Zufalls sind als die Folge einer aktiven Informationssuche. In der forsa-Befragung gaben 52% der befragten Eltern an, „eher zufällig“ Informationen zu Jugendschutzsoftware erhalten zu haben, bei 37% standen „aktive Bemühungen um Informationen“ dahinter, bei 9% sowohl das eine als auch das andere (ebd.). Diese Zahlen belegen, wie wichtig es ist, mit breit angelegten Informationskampagnen auch die Eltern zu erreichen, die sich selbst nicht aktiv um Informationen bemühen. Dabei sind insbesondere die Erziehenden in den Blick zu nehmen, die sich nicht ausreichend informiert fühlen. Hier zeigt die forsa-Befragung, dass in breiten Kreisen der Eltern noch Bedarf besteht: Die eine Hälfte der Elternschaft (45%) fühlt sich „ausreichend über Jugendschutzsoftware informiert“, die andere (50%) „würde [sich] mehr Informationen wünschen“ (ebd.).

Zu den Quellen der Eltern, mit denen sie Informationen zu Jugendschutzprogrammen erhalten, ist bislang nur wenig bekannt. Die letzten beiden KIM-Studien stellten fest, dass 29% der Haupterziehenden, deren 6- bis 13-jährigen Kinder einen internetfähigen PC im Haushalt nutzen, nicht wissen, wo man sich zu Filterprogrammen informieren kann (vgl. MPFS 2011a, 2009). Bei der forsa-Befragung waren es 27% der befragten Eltern, die der Frage „Ich weiß,

wo ich mich über Jugendschutzsoftware informieren kann“ nicht zustimmten. 70% der befragten Eltern gaben hier an, zu wissen, wo sie sich über Jugendschutzsoftware informieren können, und 61%, wo man Jugendschutzsoftware erhalten oder kaufen kann (vgl. forsa 2011).

Ein Drittel der Eltern weiß nicht, wo sie sich informieren können.

Direkt danach gefragt, von wem außer den Herstellern und Anbietern sich Eltern Informationen zu Jugendschutzsoftware wünschen, zeigt die forsa-Befragung, dass Jugendschutz im Internet allgemein und Jugendschutzsoftware speziell im Verständnis der Eltern ein gesamtgesellschaftliches Thema sind, zu dem neben den Anbietern und Medien insbesondere die Erziehungsinstanzen, aber auch staatliche und kommunale Institutionen informieren sollten. Alle in der forsa-Befragung einzeln abgefragten Quellen erhielten mehrheitlich Zustimmung, wobei sich folgende Rangfolge ergab: Kindergärten und Schulen (79%), Internetanbieter (77%), Beratungsstellen (76%), Behörden (73%), Medien (72%) und Polizei (62%) (ebd.). Offen bleibt hier und in anderen Studien, inwieweit Eltern den verschiedenen Quellen besondere Qualitäten zuschreiben, welche Quellen bei der gezielten Suche nach Information präferiert werden und über welche sie bisher eher zufällig über Jugendschutzsoftware erfahren haben.

In der Eurobarometer-Studie von 2008 wurden die Eltern 6- bis 17-Jähriger in Deutschland und 26 anderen europäischen Ländern zwar nach ihren Quellen gefragt, hier aber etwas weiter gefasst bezogen auf Informationen und Ratschläge zu Filter-/Kontrollsoftware („safety tools“ resp. „filtering and monitoring tools“) sowie generell eine sichere Nutzung des Internets. Hauptinformationsquelle ist demnach das nahe soziale Umfeld der Eltern (in Deutschland mit höheren Werten als im europäischen Durchschnitt). Regierung/Behörden werden demgegenüber auffällig selten als Informationsquelle angegeben (in Deutschland noch seltener als im europäischen Durchschnitt). Im Einzelnen: 80% der befragten Eltern geben Familie und Freunde als Informationsquelle an (EU27 = 71%). Radio, Fernsehen, Zeitung, Magazine sind für 69% der befragten Eltern relevant (EU27 = 62%), verschiedene Websites für 41% (EU27 = 39%), Internet Service Provider für 41% (EU27 = 36%), die Schule der Kinder für 24% (EU27 = 27%), Vereinigungen/Organisationen, die sich mit der Sicherheit im Internet befassen, für 22% (EU27 = 21%) und Regierung/lokale Behörden für 12% (EU27 = 16%) (vgl. European Commission 2008).

4.4.2 Differenzierungen

Das Informationsverhalten von Eltern und die Relevanz der Quellen, über die sie Informationen zu Filterprogrammen erhalten (möchten), hängen nach bisheriger Forschungslage in einigen Punkten mit den persönlichen Hintergründen bei den Anwendern zusammen. Hervorzu-

heben sind hier 1. Geschlecht und Bildung der Eltern und 2. die Anzahl und das Alter der Kinder im Haushalt. In einer Studie finden sich Hinweise dafür, dass 3. auch die eigene Internetnutzung der Eltern die Relevanz der Informationsquellen beeinflusst.

Zu 1.) Die Ergebnisse der forsa-Befragung zeigen, dass beim Thema Jugendschutzsoftware Wissenslücken insbesondere bei Müttern bestehen. In der Tendenz wissen mehr Väter als Mütter nicht nur, wo sie Jugendschutzsoftware erhalten oder kaufen können (69 zu 56%), sondern auch, wo sie sich über Jugendschutzsoftware informieren können (73 zu 68%) (vgl. forsa 2011). Dass Väter zumindest geringfügig mehr als Mütter um die möglichen Informationsquellen wissen, zeigen auch die Zahlen in der Sonderauswertung der KIM-Studie 2010 (vgl. MPFS 2011b).

Nach den Ergebnissen der forsa-Befragung ist bei Müttern auch der Wunsch nach mehr Information ausgeprägter als bei Vätern. Während sich bei den befragten Vätern die knappe Mehrheit ausreichend zu Jugendschutzsoftware informiert fühlt und eine Minderheit sich mehr Informationen wünscht (51 bzw. 45%), kehrt sich dieses Verhältnis bei den Müttern um (42 bzw. 54%) (vgl. forsa 2011).

Geschlechterunterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der erwarteten Informationsquellen: Mütter sind mehr als Väter der Ansicht, dass „Kindergarten und Schule“ (83 bzw. 74%) und „Beratungsstellen“ (80 bzw. 70%) Informationen über Jugendschutzsoftware bereitstellen sollten. Abgesehen von „Behörden“ (jeweils 73%) gewichten Mütter alle abgefragten Informationsquellen höher als Väter (ebd.). Dass Mütter sich von der Schule nicht nur mehr Informationen zu Jugendschutzsoftware wünschen als Väter, sondern die Schule auch mehr nutzen, um Informationen und Ratschläge zu Filter-/Kontrollsoftware und einer sicheren Nutzung des Internets zu erhalten, zeigt die Eurobarometer-Studie von 2008. Hier wird auch deutlich, dass Websites und Internet Service Provider für Väter relevanter sind als für Mütter (vgl. European Commission 2008).

Abgesehen von den Geschlechterdifferenzen werden nach den Ergebnissen der forsa-Befragung v. a. Eltern mit höherer Bildung von Informationen zu Jugendschutzsoftware erreicht. Demgegenüber erkennen v. a. niedriger gebildete Eltern bei sich selbst Informationsdefizite und wünschen sich mehr Informationen zu Jugendschutzprogrammen (vgl. forsa 2011). In der FHNW-HSA-Studie wird darauf hingewiesen, dass das Internet bei niedriger gebildeten Eltern als Informationsquelle einen größeren Stellenwert als bei höher gebildeten (vgl. Steiner & Goldoni 2011) – ein Indiz dafür, dass das Internet als niedrigschwelliges Informationsangebot im Prinzip Potenzial hat.

Zu 2.) Analog zu den Tendenzen bei der Akzeptanz und Nutzung von Jugendschutzsoftware (siehe Punkt 4.2 und 4.3) bringen Eltern mit älteren Kindern (v. a. 12- bis 14-Jährigen) dem Jugendschutzinstrument nicht nur mehr Akzeptanz entgegen als Eltern mit jüngeren Kindern oder Jugendlichen, sie sind auch informierter, was das Thema anbetrifft. Ein wesentlicher

Grund für diesen Zusammenhang ist, dass sich Eltern mit älteren Kindern auch aktiver um Informationen bemühen als die Eltern jüngerer Kinder oder Jugendlicher (vgl. forsa 2011). Wie gezeigt (siehe Punkt 4.3) setzen sie Jugendschutzsoftware in der Praxis auch häufiger ein.

Abgesehen davon zeigt die Eurobarometer-Studie von 2008: Je mehr Kinder die Eltern haben, desto relevanter wird die Schule ihrer Kinder für Informationen und Ratschläge zu Filter- bzw. Kontrollsoftware („safety tools“ resp. „filtering and monitoring tools“) und einer sicheren Nutzung des Internets (vgl. European Commission 2008).

Zu 3.) Als einzige der ausgewerteten Untersuchungen weist die Eurobarometer-Studie auch darauf hin, dass sich die Relevanz der verschiedenen Quellen für Informationen und Ratschläge zu Filter- bzw. Kontrollsoftware und einer sicheren Nutzung des Internets mit der eigenen Internetnutzung der Eltern erhöht. Oder anders: Je mehr die Eltern das Internet selbst nutzen, desto mehr Informationen und Ratschläge holen sie sich aus verschiedenen Quellen zu den Möglichkeiten, mit denen der Zugang ihrer Kinder eingeschränkt bzw. kontrolliert werden kann und die Internetnutzung insgesamt sicherer wird (vgl. European Commission 2008). Ungeklärt ist, inwieweit sich hinter diesem Zusammenhang ein erhöhter Informationsbedarf der Eltern verbirgt und dieser seine Wurzeln hat in einem mit der eigenen Internetnutzung zusammenhängenden gesteigerten Gefahren- und Problembewusstsein.

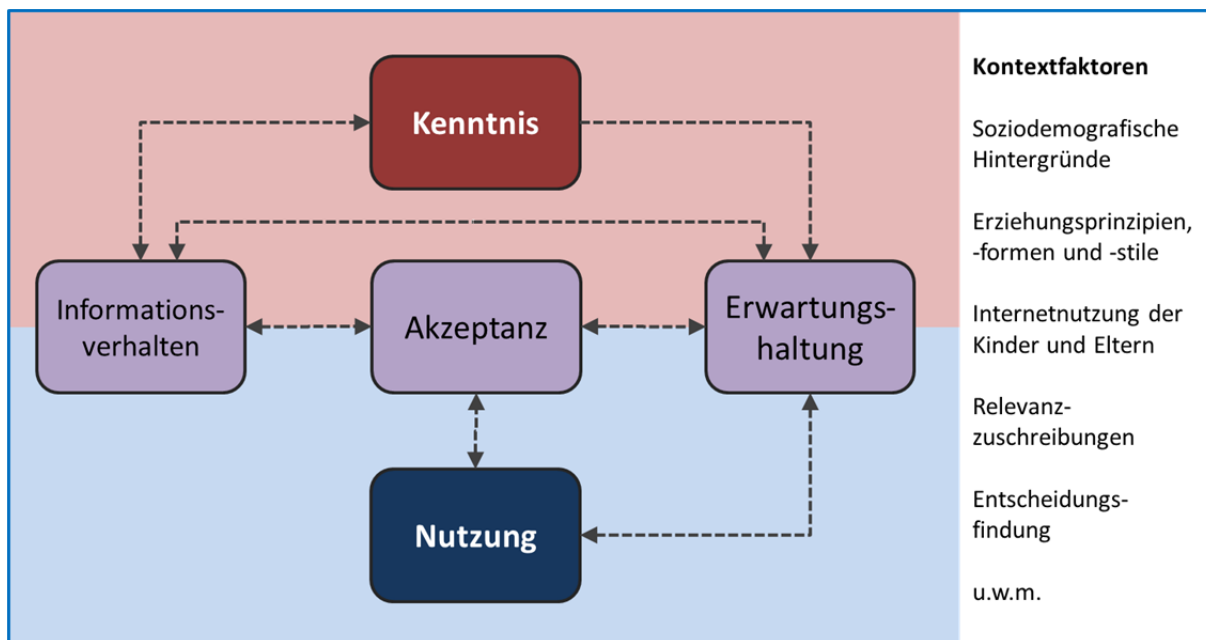
5. Fazit zu Forschungsstand und Forschungsbedarf

Die bestehende Erkenntnislage vermag bereits einen guten Überblick über Kenntnis, Akzeptanz und Nutzung von Jugendschutzsoftware im Elternhaus zu geben. Die bisherigen Ergebnisse erlauben auch erste Annäherungen an die Erwartungen der Eltern und an ihr Informationsverhalten. Da die meisten Studien rein quantitative Zugänge gewählt haben und die Thematik Jugendschutzsoftware oft nur am Rande oder auf wesentliche Bestimmungsmomente reduziert erfasst wurde, ist über die Bezüge, Abhängigkeiten und Voraussetzungen der einzelnen Ebenen auf Elternseite aber praktisch nichts auszusagen. Anders gewendet: Die Forschung kann bereits einige Aussagen zu den verschiedenen, bisher weitgehend differenziert betrachteten Bereichen (Kenntnis, Akzeptanz, Nutzung, Informationsverhalten) machen, es gibt daneben deutliche Hinweise dafür, dass diese Bereiche miteinander verflochten sind. Aussagen darüber, wie genau diese zusammenhängen, etwa in Bezug auf Stärke bzw. Enge und Formen der Zusammenhänge sind aus dem Stand der Forschung nicht zu destillieren.

Daten zu Einzelbereichen sind vorhanden; Informationen über den Zusammenhang von Kenntnis, Akzeptanz und Nutzung fehlen.

Diese Abhängigkeiten und sich gegenseitigen beeinflussenden Bedingungen sind vielmehr individuell ausgeprägt und werden von weiteren Kontexten wie soziodemografischen Faktoren, praktizierten Erziehungsstilen und der konkreten Familiensituation beeinflusst. Dabei muss gemutmaßt werden, dass der Umgang „vor Ort“, wie etwa die Relevanzzuschreibungen, die Entscheidungsfindungen in der Familie, aber auch die Erziehungsformen und -prinzipien einen z.T. deutlich größeren Einfluss auf Kenntnis, Akzeptanz und Einsatz von Filterprogrammen haben als soziodemografische Variablen. Das „familiäre Ökosystem“ von Jugendschutzsoftware ist komplexer und vielfältiger als reine zahlenmäßige Erhebungen aufzeigen können.

Abb1.: Hypothetische Bezugssysteme im Elternhaus



Diesen Zusammenhängen ist in zukünftigen Forschungsvorhaben v.a. mit qualitativen Methoden nachzugehen.

Das fehlende Wissen zur Einbettung von technischen Schutzlösungen in den erzieherischen Rahmen der Familien macht sich auch auf allen hier betrachteten Ebenen für sich genommen bereits bemerkbar:

Die **Kenntnis** von Filterprogrammen, ihrem Schutzzweck und ihrem Anwendungsgebiet ist die Grundvoraussetzung für den Einsatz in den Familien. Deutliche Forschungslücken bestehen in diesem Feld noch in Bezug auf die Gründe der bestehenden Kenntnisdefizite. Zukünftige Studien sollten u.a. in Erfahrung bringen, inwieweit die fehlenden Kenntnisse auf grundsätzliche Vorbehalte der Eltern gegenüber technische Hilfsmittel bzw. auf eine generelle Ablehnung restriktiv-bewahrender Maßnahmen zurückgehen, also das Resultat einer mehr oder minder bewussten Entscheidung, oder aber das Ergebnis eines fehlenden Gefahren- bzw.

Problembewusstseins hinsichtlich der Internetnutzung der eigenen Kinder und – damit einhergehend – eines Informationsdesinteresses sind.

Da Kenntnisse zur konkreten Anwendung die Voraussetzung sind, dass angeschaffte bzw. bereits auf den Computern (vor-)installierte Filterprogramme bei der Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen tatsächlich zur Anwendung kommen, ist in zukünftigen Studien auch in Erfahrung zu bringen, welche Rolle fehlende oder schwer zugängliche Benutzerinformationen hinsichtlich der festgestellten Kenntnisdefizite spielen und inwieweit sie im Zusammenhang fehlender grundsätzlicher Kenntnisse im Umgang mit Computer und Internet zu sehen sind.

An einigen zentralen Punkten hat sich gezeigt, dass noch größerer Forschungsbedarf besteht, um die **Akzeptanz** von Jugendschutzsoftware bei Eltern detailliert beschreiben zu können. So ist in den vorliegenden Studien noch nicht hinreichend der Frage nachgegangen worden, wo die Eltern die Hauptgefahren im Internet sehen und inwieweit ihre Erwartungen an und Vorstellungen von der Effizienz bzw. Wirksamkeit von Filterprogrammen im Hinblick auf die verschiedenen jugendschutzrelevanten Inhalte im Internet auseinander gehen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund eines gewichteten Ansatzes bei der Anerkennung von Jugendschutzprogrammen durch die KJM wichtig; ein Auseinanderfallen von elterlichen Erwartungen bzw. Priorisierungen und der Gewichtung der Filtereffizienz durch staatliche Behörden wäre für die Akzeptanz kaum förderlich.

Vor dem Hintergrund der behördlichen Bemühungen zur Kriterien geleiteten Anerkennung von Jugendschutzprogramm ist in weiteren Studien auch gezielt der Frage nachzugehen, welche Erwartungen Eltern konkret an die Filterleistung von Jugendschutzsoftware haben, welche Filterleistung sie realistisch erwarten und inwieweit sie Overblocking zugunsten besserer Filterleistungen bzgl. der Inhalte, von denen Kinder und Jugendliche fern gehalten werden sollen, tolerieren.

Unklarheiten bestehen auch hinsichtlich der wichtigen Frage, inwieweit die Akzeptanz von und die Erwartungen der Eltern an Filterprogramme mit den grundsätzlichen Vorstellungen vom eigenen, auf die Internetnutzung ihrer Kinder bezogenen Handeln zusammenhängen. Hier stellt sich auch die Frage, inwieweit bei Eltern die Vorstellung verbreitet ist, durch den Einsatz von Filterprogrammen auf die persönliche Kontrolle und Begleitung der Internetnutzung verzichten zu können, und Eltern dies auch von Jugendschutzsoftware als technisches Hilfsmittel erwarten. Generell ist danach zu fragen, was im Einzelnen den Ausschlag dafür gibt, dass Filterprogramme von den Eltern abgelehnt oder aber akzeptiert und für sinnvoll erachtet werden und welche Rolle dabei konkrete Befürchtungen oder aber Ungewissheiten bezüglich der Internetnutzung ihrer Kinder spielen.

Der **Einsatz** von Filterprogrammen im Elternhaus ist bereits recht gut abgefragt; die derzeitigen Studien verwenden aber unterschiedliche und aus Sicht der Eltern nicht immer klare Be-

griffligkeiten, so dass die ermittelten Zahlen kritisch hinterfragt werden können. Hier wird in Zukunft mehr Gewicht auf Definitionen und Umschreibungen Wert zu legen sein. Auch liegen derzeit noch keine verlässlichen Daten darüber vor, in welchem Umfang Filterprogramme außerhalb des elterlichen Einzugsbereiches, insbesondere bei der mobilen Internetnutzung der Kinder, zur Anwendung kommen. Nicht nur hier sind weitere Erkenntnisse geboten, um mehr zum Einsatz von Filterprogrammen erfahren.

Eine zentrale, bislang unbeantwortete Frage ist, welche Ziele die Eltern konkret mit dem Einsatz von Jugendschutzsoftware verfolgen, also inwieweit er eine Reaktion auf bestimmte Umgangsweisen der Kinder mit dem Internet ist, und nach welchen Kriterien Eltern Filterprogrammen für den Einsatz bei der Internetnutzung ihrer Kinder auswählen. Nicht zuletzt ist nach den Gründen zu fragen, weshalb Jugendschutzprogramme von den Eltern nicht eingesetzt werden und inwieweit hier Unwissenheit und fehlende Kenntnisse oder aber die bewusste, den persönlichen Konzepten von (Medien-)Erziehung entsprechende Entscheidung gegen ein Filterprogramm eine Rolle spielen.

Da faktisch der gesamte Prozess der konkreten Anwendung bzw. des praktischen Einsatzes von Filterprogrammen in den Familien noch weitgehend unerforscht ist, muss bei zukünftigen Forschungsvorhaben insbesondere der Frage nachgegangen werden, wie sich der Umgang mit Jugendschutzsoftware seitens der Eltern und auch seitens der Kinder konkret ausgestaltet. Wichtige Detailfragen sind hier: Wie werden Filterprogramme bei den Kindern als technische Hilfsmittel eingeführt bzw. wie wird den Kindern der Einsatz begründet? Was halten die Kinder selbst von der softwaregestützten Beschränkung ihrer Internetnutzung und wie gehen sie mit den Einschränkungen um? Inwieweit findet parallel zum Einsatz von Filterprogrammen noch eine persönliche Begleitung und Kontrolle durch die Eltern statt? Welche (positiven) Folgen haben innerfamiliäre Diskussionen und Auseinandersetzungen über Inhalte, die Eltern ihren Kindern vorenthalten möchten? Wer ist verantwortlich dafür, dass die Programme reibungslos funktionieren? Inwieweit sind Eltern bereit, Geld für Jugendschutzsoftware auszugeben und sich auch während des Einsatzes mit den Programmen auseinanderzusetzen?

Im Kontext der Zusammenhänge mit dem Alter der Kinder sollte in weiteren Studien der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Eltern hier bewusst auf die Autonomiegewinne Jugendlicher reagieren und dabei auch von einem sinkenden Gefährdungspotenzial des Internets ausgehen, oder aber inwiefern sich Heranwachsende eine unkontrollierte Internetnutzung in der aktiven Auseinandersetzung mit den Eltern erst „erkämpfen“ müssen. Eine wichtige, noch zu beantwortende Frage insbesondere für qualitative Zugänge und Längsschnittstudien ist nicht zuletzt, inwieweit Filterprogramme in den Familien eine kurzfristige oder über Jahre hinweg eingesetzte Maßnahme sind und sich in dieser Zeit Konfiguration der Software und Einbindung in das elterliche Erziehungskonzept ändern.

Mit Blick auf den Einsatz von Jugendschutzsoftware in anderen Ländern ist in weiteren Analysen danach zu fragen, was die Gründe dafür sind, dass Filterprogramme in Deutschland geringere Nutzungszahlen aufweisen als in anderen Ländern. Welche Rolle spielen dabei gesellschaftliche Vorstellungen von Jugendmedienschutz allgemein und restriktiv-bewahrenden Maßnahmen bei der Internetnutzung speziell? Inwieweit hat dies mit auf dem Markt verfügbaren Softwarelösungen und politischen oder wirtschaftlichen Aktivitäten zur höheren Bekanntheit von Filterprogrammen zu tun?

Nach dem derzeitigen Forschungsstand bestehen in breiten Kreisen der Elternschaft nicht nur Kenntnisdefizite, sondern auch Informationsdefizite beim Thema Jugendschutzsoftware. Im Hinblick auf das **Informationsverhalten** von Eltern und die Relevanz der Quellen, über die sie Informationen zu Filterprogrammen erhalten (möchten), sollte in weiteren Studien v.a. der Frage nachgegangen werden, inwieweit Eltern den verschiedenen personalen, medialen und institutionellen Quellen besondere bzw. eigene Informationsqualitäten zuschreiben. Abgesehen davon ist zu klären, welche Quellen Eltern bei der gezielten Suche nach Information präferieren und über welche sie bisher eher zufällig über Jugendschutzsoftware erfahren haben.

Die aufgeworfenen Forschungsfragen verdeutlichen die Komplexität des elterlichen Einsatzes von technischen Hilfsmitteln bei der Erziehung der eigenen Kinder. Die große Herausforderung wird es hier sein, quantitative und qualitative Forschung so zu kombinieren, dass am Ende theoretische Modelle entworfen werden können, die die Relationen zwischen Kenntnis, Nutzung und Akzeptanz sowie weiteren Bedingungen deutlich zu Tage treten lassen.

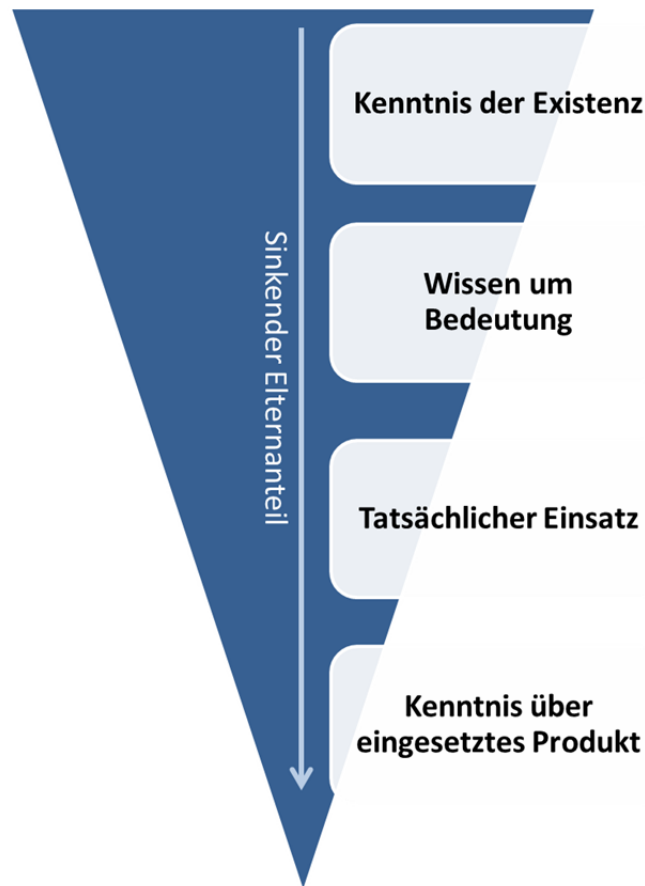
6. Zusammenfassende Ergebnisse und deren Konsequenzen für Informationskampagnen

Hinsichtlich der **Kenntnisse** von Eltern über Jugendschutzprogramme zeigen die bisherigen Forschungsvorhaben, dass breite Teile der Elternschaft zwar schon von Jugendschutzsoftware gehört haben, bei nicht wenigen Eltern aber Kenntnisdefizite hinsichtlich deren Bedeutung und Anwendung bestehen. Zu den Kenntnisdefiziten treten auch geäußerte Informationsbedarfe: Viele Eltern wünschen sich mehr Informationen. Das Informationsverhalten von Eltern und die Relevanz der Quellen, über die sie Informationen zu Filterprogrammen erhalten (möchten), sind insgesamt betrachtet bisher wenig erforscht. Die wenigen Studien zum Thema zeigen, dass das Informationsverhalten der Eltern hinsichtlich Geschlecht und Bildung der Eltern und der Kinder im Haushalt unterschiedlich ausgeprägt und vermutlich auch von der eigenen Internetnutzung der Eltern beeinflusst ist.

Betrachtet man die Ergebnisse zu den Kenntnissen und der Nutzung, lassen sich bei den Eltern Wissenslücken und Informationsdefizite im Hinblick auf Jugendschutzsoftware v. a. in folgenden zwei zentralen Bereichen erkennen: Erstens bei der generellen Kenntnis von Ju-

gendschutzprogrammen und von deren grundsätzlicher Funktion und Bedeutung, zweitens hinsichtlich des konkreten Einsatzes im familiären Alltag.

Abb. 2: Unterschiedliche Ausgangssituationen von Eltern



Dennoch: Jugendschutzsoftware trifft bei den Eltern auf breite **Akzeptanz**. Wesentliche Einflussfaktoren für die Akzeptanz sind dabei die elterlichen Vorstellungen von der Wirksamkeit, der Praktikabilität und Nutzerfreundlichkeit von Filterprogrammen sowie von der Internetnutzung der eigenen Kinder. Diese Vorstellungen differieren insbesondere hinsichtlich des Geschlechts der Eltern und des Alters der Kinder.

In Bezug auf die tatsächliche **Nutzung** von Jugendschutzsoftware im Elternhaus lässt sich sagen, dass derzeit etwa ein Viertel der Eltern Jugendschutzsoftware bei der Internetnutzung ihrer Kinder einsetzen, ohne dabei bestimmte Programmtypen zu präferieren. Die höchsten Einsatzquoten haben Filterprogramme bei der Internetnutzung 12- bis 13-Jähriger, die geringsten bei jüngeren Kindern und älteren Jugendlichen.

Aus den hier dargestellten Ergebnissen lassen sich grobe erste Anforderungen an etwaige Informationskampagnen stichwortartig wie folgt lesen:

- Problem der Begriffsweite: Bei Software-Bezeichnungen können Missverständnisse auf Elternseite entstehen, Informationen müssten insoweit eher Funktionalitäten und Einsatzgebiete oder Zwecke beschreiben.

- Der bestehende Informationsbedarf auf Seiten der Eltern ist unterschiedlich und abhängig vom jeweiligen Kenntnisstand und dem Umstand, ob bereits eine Jugendschutzsoftware eingesetzt wird; Eltern müssen an recht unterschiedlichen Stellen „abgeholt“ werden.
- Informationen zu Jugendschutzsoftware müssen sowohl über das Instrument als solches als auch über den konkreten Einsatz im familiären Alltag aufklären. Dabei sollten verstärkt eher niedriger gebildete Eltern, Mütter mit der Haupterziehungsverantwortung und Eltern, die das Internet selbst wenig nutzen, als Adressatengruppe in den Blick genommen werden.
- Eine einzige Kampagne, die alles abdecken möchte, wird signifikante Streuverluste haben und zu Verständnisschwierigkeiten führen. Eine Fokussierung scheint hier notwendig. So wäre bspw. zu überlegen ob man Väter und Mütter getrennt anspricht, da die Voraussetzungen bezüglich des Themas unterschiedlich sind.
- Vordringlich erscheint eine niedrighschwellige Informationsvermittlung an Eltern mit niedriger formaler Bildung – vor allem dort, wo sich ein internetfähiger Rechner im Zimmer der Kinder befindet.
- Aus medienpädagogischer Sicht erscheint wünschenswert, das mögliche Missverständnis vieler Eltern aufzuklären, die Jugendschutzsoftware als Möglichkeit sehen, Konflikten mit Kindern aus dem Weg zu gehen und nicht als Option, um den jüngeren einen sichereren Einstieg ins Netz und begleitende Gespräche über erwünschte und unerwünschte Online-Inhalte innerhalb der Familie zu ermöglichen.
- Hauptziel sollte es sein, Awareness für Jugendschutzsoftware zu schaffen, d. h. es müsste eine flächendeckende, aktive Ansprache mit Hinweisen auf weiterführende Informationen geben; Angebote, die von Eltern aktiv ausgewählt werden müssen, werden weniger effektiv sein. Sinnvoll erscheint eine Kooperation mit relevanten Akteuren, die bereits verschiedene kommunikative Maßnahmen zum Thema sicherer Umgang mit dem Internet entwickelt haben (z. B. Schau hin!, klicksafe etc.). Konkrete praktische Einsatzszenarien, Erfahrungen mit der Software (aus Eltern- und Kindersicht) sowie deren Einbettung in den Familienalltag sollten im Rahmen qualitativer Familienstudien vertiefend untersucht werden, um sinnvolle kommunikative Maßnahmen adressatengerecht entwickeln zu können.

Literatur

- Easting, Matthew S. / Greenberg, Bradley S. / Hofschire, Linda (2006): Parenting the Internet. In: Journal of Communication, Jg. 56, Heft 3/2006, S. 486-504.
- Egmont Ehapa (2011): KidsVerbraucherAnalyse 2011. Die Markt-Media-Studie für junge Zielgruppen. Präsentation.
http://www.presseportal.de/showbin.htx?id=192830&type=document&action=download&attname=KVA2011_PraesentationPP.pdf [15.12.2011].
- European Commission (2006): Safer Internet. Special Eurobarometer 250,
http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/docs/eurobarometer/eurobarometer_2005_25_ms.pdf [15.12.2011].
- European Commission (2008): Towards a Safer Use of the Internet for Children in the EU – a Parents' Perspective. Analytical report. Flash Eurobarometer 248, http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_248_en.pdf [15.12.2011].
- Feierabend, Sabine & Klingler, Walter (2007): Kinder und Medien: Ergebnisse der KIM-Studie 2006. Der Medienumgang Sechs- bis 13-Jähriger nach Sinus-Milieus. In: media Perspektiven, Heft 10/2007, S. 492-505.
- Feierabend, Sabine & Klingler, Walter (2009): Kinder und Medien: Ergebnisse der KIM-Studie 2008. Der Medienumgang Sechs- bis 13-Jähriger nach Sinus-Milieus. In: media Perspektiven, Heft 8/2009, S. 398-412.
- forsa. – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2011a): Jugendschutzprogramme aus Sicht der Eltern. Unveröffentlichter Ergebnisbericht vom 2. Dezember 2011. Berlin.
- forsa. – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2011b): Jugendschutzprogramme aus Sicht der Eltern. Unveröffentlichter Tabellenband vom 6. Dezember 2011. Berlin.
- Hans-Bredow-Institut (Hrsg.) (2007): Analyse des Jugendmedienschutzsystems – Jugendschutzgesetz und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Endbericht, Oktober 2007. Hamburg. http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/104 [15.12.2011].
- KJM 2011a: Informationen für Betreiber und Anbieter von Jugendschutzprogrammen: Kriterien der KJM für die Anerkennung von Jugendschutzprogrammen im Bereich des World Wide Web, Stand 11. Mai 2011.
http://kjm-online.de/files/pdf1/Informationen-fr-JSP-Anbieter_Stand_2011-05-11.pdf [15.12.2011].
- KJM 2011b: Pressemitteilung 13/2011 v. 10.08.2011. http://www.kjm-online.de/de/pub/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilungen_2011/pm_132011.cfm [15.12.2011].
- KJM 2011c: Pressemitteilung 16/2011 v. 20.09.2011. http://www.kjm-online.de/de/pub/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilungen_2011/pm_162011.cfm [15.12.2011].
- Lenhart, Amanda (2005): Protecting Teens Online. Pew Research Center's Internet & American Life Project, Washington, D.C., http://www.pewinternet.org/~media/Files/Reports/2005/PIP_Filters_Report.pdf [15.12.2011].
- Lenhart, Amanda / Madden, Mary (2007): Teens, Privacy & Online Social Networks. Pew Research Center's Internet & American Life Project, Washington, D.C.,
http://www.pewinternet.org/~media/Files/Reports/2007/PIP_Teens_Privacy_SNS_Report_Final.pdf [15.12.2011].
- Lenhart, Amanda / Madden, Mary / Rainie, Lee (2006): Teens and the Internet. Pew Research Center's Internet & American Life Project, Washington, D.C.,
<http://pewinternet.org/~media/Files/Presentations/2006/Pew%20Internet%20findings%20-%20teens%20and%20the%20internet%20-%20final.pdf> [15.12.2011].
- Lenhart, Amanda / Madden, Mary / Smith, Aaron / Purcell, Kristen / Zickuhr, Kathryn / Rainie, Lee (2011): Teens, Kindness and Cruelty on Social Network Sites. Pew Research Center's Internet & American Life Project, Washington, D.C.
http://www.pewinternet.org/~media/Files/Reports/2011/PIP_Teens_Kindness_Cruelty_SNS_Report_Nov_2011_FINAL_110711.pdf [15.12.2011].
- Livingstone, Sonia & Haddon, Leslie (2009): Kurzversion von EU Kids Online: Abschlussbericht. London.
http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/373 [15.12.2011].
- Livingstone, Sonia / Haddon, Leslie / Görzig, Anke / Ólafsson, Kjartan (2011): Risks and Safety on the Internet. The Perspective of European children. Full findings. LSE, London: EU Kids Online.
[http://www2.lse.ac.uk/media@lse/research/EUKidsOnline/EU%20Kids%20II%20\(2009-11\)/EUKidsOnlineIIReports/D4FullFindings.pdf](http://www2.lse.ac.uk/media@lse/research/EUKidsOnline/EU%20Kids%20II%20(2009-11)/EUKidsOnlineIIReports/D4FullFindings.pdf) [15.12.2011].

- Livingstone, Sonja & Helsper, Ellen J. (2008): Parental Mediation of Children's Internet Use. In: Journal of Broadcasting & Electronic Media, Jg. 52, Heft /4/2008, S. 581-599.
- MPFS (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) (2011b): KIM-Studie 2010. Unveröffentlichte Sonderauswertung der Fragen zum Einsatz und den Einstellungen der Eltern zu Filterprogrammen. Stuttgart: MPFS.
- MPFS (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) (2007): KIM-Studie 2006. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger. Stuttgart: MPFS.
- MPFS (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) (2009): KIM-Studie 2008. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger. Stuttgart: MPFS.
- MPFS (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) (2011c): JIM-Studie 2011. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart: MPFS.
- MPFS (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) (Hrsg.) (2011a): KIM-Studie 2010. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger. Stuttgart: MPFS.
- Steiner, Olivier & Goldoni, Marc (2011): Medienkompetenz und medienerzieherisches Handeln von Eltern. Eine empirische Untersuchung bei Eltern von 10- bis 17-jährigen Kindern in Basel-Stadt. Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz: Basel/Olten.
- Symantec Corporation (2010a): Norton Online Family Report: Globale Einblicke in das Familienleben im Netz. Juni 2010.,
http://www.symantec.com/content/de/de/about/downloads/PressCenter/NortonOnlineFamilyReport2010_German.pdf [15.12.2011].
- Symantec Corporation (2010b): Norton Online Family Report 2010 – Globale Einblicke in das Familienleben im Netz: Die wichtigsten Ergebnisse für Deutschland im Überblick.
http://www.symantec.com/content/de/de/about/downloads/PressCenter/Symantec_NOLR2010_Facts_Germany.pdf [15.12.2011].
- Theunert, Helga & Gebel, Christa (2007): Untersuchung der Akzeptanz des Jugendmedienschutzes aus der Perspektive von Eltern, jugendlichen und pädagogischen Fachkräften. Eigenständige Teilstudie des JFF zur Analyse des Jugendmedienschutzsystems. Endbericht. München: JFF.
http://www.jff.de/dateien/JFF_JMS_LANG.pdf [15.12.2011].
- Wold, Thomas (2009): Mediation by Parents, Teachers and Peers. In: Hasebrink, Uwe / Livingstone, Sonia / Haddon, Leslie / Ólafsson, Kjartan (Ed.) (2009): Comparing children's online opportunities and risks across Europe: Cross-national comparisons for EU Kids Online Second edition. LSE, London: EU Kids Online, S. 37-45.
- ZDF/HBI (2011): Jugendmedienschutz aus Sicht der Eltern. Kurzbericht über eine Studie des Zweiten Deutschen Fernsehens. Mainz, http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/626 [15.12.2011].

gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend